

*Stiftung Demokratie Saarland
Dialog Nr. 12*

**13. Januar 1935
Der Kampf um die Saar –
70 Jahre danach**

**Dokumentation einer
Veranstaltungsreihe**

Redigierte Textfassungen

Saarbrücken 2005



Impressum

Dialog ist eine Reihe der Stiftung Demokratie Saarland.

Die Reihe kann bezogen werden von der Stiftung Demokratie Saarland

Bismarckstraße 99, 66121 Saarbrücken, Telefon (0681) 90626-0, Telefax (0681) 90626-25

Redaktion und Satz: Karoline Bommersbach

Druck und Weiterverarbeitung: Unionprint Satz und Druck GmbH, Saarbrücken





Inhalt

Friedel Läßle, Vorsitzender der Stiftung Demokratie Saarland <i>Vorwort</i>	5
„Haltet die Saar, Genossen.“ Die saarländische Arbeiter- bewegung im Kampf gegen Hitler bis 1935 <i>Joachim Heinz</i>	7
Widerstand an der Grenze <i>Luitwin Bies</i>	31
Antifaschistische Volksfront an der Saar: Vorreiter, Vorbild Hemmnis einer Volksfront für ganz Deutschland? <i>Ursula Langkau-Alex</i>	47
„Vitale Vergeßlichkeit“ – Wie ging es den saarländischen Opfern des Nationalsozialismus nach der Befreiung? <i>Wilfried Busemann</i>	73
Auswahlbibliographie	89

┌ |
└ |

Damit
unsere
Demokratie
lebendig
bleibt...



*Bismarckstraße 99, 66121 Saarbrücken
Telefon (0681) 90626-0, Telefax 90626-25*

Vorwort

von Friedel Läßle
Vorsitzender der Stiftung Demokratie Saarland

Aus Anlass des 70. Jahrestages der ersten Saarabstimmung am 13. Januar 1935 hat die Stiftung Demokratie in einer Ausstellung und mehreren Vorträgen an die Zeit des Saarkampfes und das Schicksal jener Arbeiter, Emigranten und Politiker erinnert, die sich im Kampf gegen Hitlerdeutschland engagierten. Die Vorträge sind in dieser Broschüre abgedruckt:



Joachim Heinz beleuchtet in seinem Beitrag „Haltet die Saar Genossen - Die saarländische Arbeiterbewegung gegen Hitler bis 1935“ insbesondere wie die Diskussion in der saarländischen Arbeiterbewegung verlief und welche Konsequenzen gezogen wurden.

Dr. Luitwin Bies verdeutlicht an Beispielen des Kampfes von Sozialdemokraten und Kommunisten, was sich damals hier „abspielte“, dass frühzeitig gegen das terroristische Naziregime vorgegangen, dass die erkennbare Kriegsvorbereitung enthüllt und immer wieder versucht wurde, aus den Funken des Widerstandes ein Signal für die Masse der Deutschen werden zu lassen.

Dr. Ursula Langkau-Alex stellt die Entwicklung im Rahmen der Entstehung der ersten antifaschistischen Volksfront an der Saar dar. Sie erklärt die verschiedenen weltanschaulichen und organisatorischen Strukturen und beschreibt die strategischen, taktischen und programmatischen Konzeptionen.

Wilfried Busemann erinnert in seinem Aufsatz „Vitale Vergesslichkeit“ daran, dass das Ende des Zweiten Weltkrieges für die Opfer des Nationalsozialismus zwar die unmittelbare Lebensgefahr beendete, aber die meisten leiden noch Jahrzehnte, oft



bis an ihr Lebensende, an den materiellen, psychischen und materiellen Folgen der Verfolgungszeit.

Ich danke den Autoren dieses Bandes, dass sie mit ihren aspektreichen Beiträgen nicht nur interessante Einblicke in die vielschichtigen Ereignisse, sondern darüber hinaus auch ein zentrales Kapitel der saarländischen Geschichte beleuchtet haben, denn der 13. Januar 1935 wird im kollektiven Gedächtnis unseres Landes als eines der umstrittensten und wichtigsten Ereignisse unserer Geschichte haften bleiben.





„Haltet die Saar Genossen.“ Die saarländische Arbeiterbewe- gung im Kampf gegen Hitler bis 1935¹

Joachim Heinz

Vorbemerkung

Bevor ich zu meinem eigentlichen Thema komme, gebe ich einige wenige Hinweise zur Saargeschichte in der Völkerbundszeit 1920-1933, die zum Verständnis der folgenden Ausführungen wichtig sind.

1. Die im Versailler Vertrag festgelegte 15jährige politische Abtrennung des Saargebietes von Deutschland wurde von allen relevanten gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Kräften – soweit sie nicht wie die Administration des Mines Domaniales Françaises du Bassin de la Sarre unter französischem Einfluss standen – abgelehnt und politisch bekämpft. Man kann von einer, alle Partei- und Klassenkonflikte überlagernden nationalen Einheitsfront im Saargebiet sprechen. Nationale bis nationalistische, antifranzösische Einstellungen und Kundgebungen hatten in dieser Zeit im Saargebiet Hochkonjunktur.
2. Der Katholischen Kirche kam im Saargebiet bei fast 75% katholischem Bevölkerungsanteil eine bestimmende Rolle im Alltagsleben der Saarländer/innen zu. Das seit Mitte des 19. Jahrhunderts im Saarrevier stark entwickelte, autoritätsfixierte Vertrauen katholischer Industriearbeiter, speziell auch der Bergarbeiter, gegenüber der Katholischen Kirche in religiösen, sozialen und politischen Fragen, ließ ihr bei einem Großteil der

Saarbevölkerung fast ein Deutungsmonopol in allen wichtigen Fragen zukommen.

3. Es verwundert daher auch nicht, dass im Saarrevier der Völkerbundszeit die katholische Zentrumspartei die eindeutig dominierende politische Kraft darstellte. Auch die saarländische Gewerkschaftsbewegung – sieht man von der ersten Zeit nach 1918/19 ab – war wesentlich stärker als im Deutschen Reich katholisch und konservativ geprägt. Speziell im Bergbau konnte der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter dem freigewerkschaftlichen Bergarbeiterverband mitgliedermäßig wieder den Rang ablaufen.
4. Die sozialistische Arbeiterbewegung im Saarrevier der Völkerbundszeit – vor 1918 kaum existent – war stets bemüht, ihren Komplex der nationalen Unzuverlässigkeit durch übersteigertes nationales Pathos wettzumachen. Sowohl SPD, die in der zweiten Hälfte der 20er Jahre unter Führung von Max Braun differenzierte, auf Völkerverständigung und besonders deutsch-französischen Ausgleich gerichtete Positionen entwickelte, als auch KPD im Saargebiet beteiligten sich an nationalistischen Ausgrenzungen gegenüber politischen Meinungen und Gruppierungen, die die nationalistische Einheitsfront in Frage stellten. Beide Linksparteien kamen in den Wahlen zum Landesrat zwischen 1922 und 1932 zusammen – sieht man von den speziellen Bedingungen der Landesratswahl 1922 ab² – auf etwa ein Drittel des Wählerpotentials, wobei sich die Waagschale der Wählerstimmen zunehmend zugunsten der KPD verschob. Das Verhältnis der beiden Linksparteien war politisch von gegenseitigem Hass und kompromisslosen ideologischen Auseinandersetzungen geprägt.

„Die politische Kultur des Saargebietes war somit geprägt durch die drei marxistischen bzw. katholischen Bekenntnisparteien: KPD, SPD und Zentrum. 58% aller Wahlberechtigten bzw. 76,3% der Wähler zur Landesratswahl 1932 hatten einer der drei Bekenntnisparteien die Stimme gegeben.“³

Die saarländische Arbeiterschaft würde die Abstimmung entscheiden, machte sie doch mit Angehörigen zwei Drittel der Gesamtbevölkerung aus. Und der Großteil dieser Arbeiterschaft gehörte zu denen, die Kunkel als „Durchschnittssaarländer“ charakterisiert hat: „Er blieb stets was er immer war: patriotisch, konservativ, religiös. Er liebte Autorität über sich, und war bereit, jeder zu gehorchen, wenn sie sich nur deutsch nannte. Dieser Saarländer hatte im Abstimmungskampf die Entscheidung. Wer siegen wollte, musste ihn gewinnen,“ so die wenig optimistische Feststellung des SPD-Politikers Ernst Kunkel.⁴

Der Abstimmungskampf 1933-1935 an der Saar

Bis Anfang 1933 gab es an der Saar keine ernst zu nehmende Stimme, die für die 1935 durchzuführende Abstimmung der Saarbevölkerung Zweifel an einem überwältigenden, fast einhelligen Erfolg für die Rückgliederung des Saargebietes nach Deutschland hatte. Die innenpolitische Entwicklung in Deutschland, die Machteinsetzung Adolf Hitlers, bedrohte diese Entscheidung für die Rückgliederung des Saargebietes an Deutschland ernsthaft. Jedoch gelang in der Saarabstimmung eine Rehabilitation der Deutschen „vor sich selbst und vor der Welt und der Geschichte“ nicht, wie es Karl Jaspers einmal ausgedrückt hat.

Die Abstimmung am 13. Januar 1935 brachte folgendes Ergebnis:

Abstimmungsberechtigte:	539.541
Abgegebene Stimmen:	528.105
Für die Vereinigung mit Deutschland	477.119 = 90,8%
Für die Vereinigung mit Frankreich	2.124 = 0,4%
Für den Status quo	46.613 = 8,8%
Ungültige Stimmen	905
Weißer Stimmzettel	1.292

46.613 Stimmen für den Status quo. Wie gering diese Zahl ist, wird deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, dass bei der letzten Landesratswahl 1932, bei etwa 20% geringerer Wahlbeteiligung als bei der Abstimmung 1935, allein die beiden Linksparteien auf etwa 120.000 Stimmen kamen.

Die KP- Saar bis zur Bildung der Einheitsfront Ende Juni 1934

Im Januar 1933 hatte die KP- Saar in ihrem Funktionärsorgan ‚Bol-schewik‘ die Frage gestellt: „Muß die Partei an der Saar in ihrer Stellungnahme zur Rückgliederung des Saargebietes ans Reich eine Korrektur vornehmen?“ Aber vorerst blieb die KP-Saar bei ihrer Forderung nach bedingungsloser Rückgliederung des Saargebietes nach Deutschland, die sie in der Programmerkklärung zur sozialen und nationalen Befreiung des Saarvolkes erhoben hatte. Diese Position ergab sich aus der Einschätzung des deutschen Faschismus, der als vorübergehende Erscheinung betrachtet wurde. Die nationale Einstellung der KP- Saar in der Völkerbundszeit und die Einschätzung des Faschismus als „vorübergehend“ ließen den kommunistischen Stadtverordneten Otto Niebergall auf den Vorwurf des Landesverrats seitens der NSDAP am 23. Mai 1933 im Saarbrücker Stadtrat die völlig weltfremde, ideologische Position vertreten: „Die Kommunistische Partei ist immer für die Rückgliederung nach Deutschland eingetreten und wird es auch in Zukunft tun, selbst auf die Gefahr hin, in Konzentrationslager eingesperrt oder erschossen zu werden.“

Im Sommer 1933 ging die KP- Saar von dieser Haltung ab, gab ihren Mitgliedern und Wählern aber keine umsetzbare Entscheidungsalternative für die Abstimmung 1935 an die Hand. Bis weit ins Jahr 1934 vertrat sie die desorientierende, weil überhaupt nicht zur Abstimmung stehende und völlig realitätsferne Parole von einem „Roten Saargebiet in einem sozialistischen Rätedeutschland.“

Die in den anderen Parteien beginnende Diskussion um eine autonome Saar, eine Entscheidung für den Status quo oder eine Verschiebung der Abstimmung um fünf bis zehn Jahre wurde als separatistisch diffamiert.

Ende 1933, Anfang 1934 setzte ein Umdenkungsprozess in der KP-Saar – und dem EKKI, dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale – ein. Zwar blieb eine klare Orientierung auf eine der Abstimmungsalternativen nach wie vor aus, jedoch lehnte man nun die „Heimkehr ins Reich“ ab. „Wir werden mit allen Mitteln“, so Paul Lorenz, Vorsitzender der KP-Fraktion in der Landesratssitzung vom 7.11.1933, „...verhindern, dass das Saarproletariat und die Werktätigen an der Saar unter die Blutdiktatur Hitler- Göring kommen...“ In den folgenden Monaten näherte sich die KP-Saar der Statusquo-Parole an. Sie erklärte am 2. Juni 1934 erstmals offiziell, „den Werktätigen vorzuschlagen, von den drei zur Abstimmung stehenden Varianten für die Beibehaltung des jetzigen Zustandes zu stimmen.“ Die KP-Saar ließ aber keinen Irrtum darüber aufkommen, dass sie an ihrer bisherigen Politik festhalte und nur „die nüchterne Einschätzung der Klassenkräfte des Saarproletariats“, also taktische Gründe die Status-quo-Forderung bedingen. Fast anderthalb Jahre Fehleinschätzung mit dogmatisch bestimmten Abstimmungsparolen kennzeichneten die Politik der KP-Saar bis zum Juni 1934. Funktionäre und Mitglieder der KP-Saar wurden vor erhebliche Probleme gestellt, sollte doch Anfang Juni 1934 taktisch richtig sein, was noch kurz vorher als ‚separatistisch‘ verteufelt worden war. Die Abkehr von der Sozialfaschismusthese hin zur Einheitsfrontpolitik mit der SPD wurde erst im Juli 1934 im Saargebiet durchgesetzt.⁵ Diese ideologische Wendung wurde u.a. von Herbert Wehner alias Kurt Funk durchgesetzt. Paul Lorenz, der diese neue Politik ablehnte, wurde entmachtet.

SPD im Saargebiet bis zum Einheitsfrontabkommen Ende Juni 1934

Auch die SPD im Saargebiet hat sich erst Mitte 1934 endgültig für den Status quo entschieden. Scharfe Attacken der Saar-Sozialdemokraten im Frühjahr 1933 gegen das „Dritte Reich“ kollidierten mit der vom Berliner SPD-Vorstand verfolgten „Theorie der Untätigkeit“, wie es der Historiker Erich Matthias einmal ausgedrückt hat. Durch streng legales Verhalten und Mäßigung gegenüber den NS-Machthabern

versuchte der Parteivorstand um Otto Wels und Paul Löbe die Parteiorganisation zu retten. Aus taktischen Gründen, um der Hitlerregierung keinen Vorwand zum Verbot der SPD in Deutschland zu geben, bekräftigte die Saar-SPD ihre bisherige Position zur Rückgliederungsfrage. „Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei des Saargebietes sieht sich veranlasst, angesichts verschiedener Angriffe, erneut zu erklären, dass die Sozialdemokratische Partei des Saargebietes wie in der Vergangenheit auch in der Zukunft für die restlose Rückgliederung des Saargebietes an Deutschland eintritt“, so zu lesen in der Saarbrücker Volksstimme vom 8. April 1933. Jedoch unterstützte die Saar-SPD nicht lange den Anpassungskurs des Parteivorstandes, doch die Neukonzeption für die Abstimmungsentscheidung im Saargebiet ließ noch auf sich warten.

Anfang August 1933 war bei den Sozialdemokraten der Entscheidungsprozeß dahin gediehen, dass die Rückgliederung an „Hitlerdeutschland“ abgelehnt wurde. Am 7. August 1933 hatte der Vorsitzende der SPD im Saargebiet, Max Braun, in einer Versammlung Saarbrücker Sozialdemokraten gesagt, „die Saar dürfe niemals zu Hitler-Deutschland zurück“. Diese Ablehnung der Rückgliederung des Saargebietes an ein Deutschland, das von den Nationalsozialisten beherrscht wird, führte aber noch nicht unmittelbar zur Status-quo-Lösung. Die SPD-Saar versuchte beim Völkerbund eine Verschiebung der Abstimmung um fünf bis zehn Jahre zu erreichen. Aber, die im Januar 1934 von ihr beim Völkerbund in Genf eingereichte Denkschrift mit der Forderung der Verschiebung der Abstimmung im Saargebiet, wurde endgültig negativ beantwortet, als die Rats-tagung des Völkerbundes am 4. Juni 1934 den 13. Januar 1935 als Abstimmungstermin festsetzte.

Am 6. Juni 1934 rief der Parteivorstand der SPD-Saar offiziell⁶ die Status-quo-Parole aus. Diese sehr späte Entscheidung der SPD-Saar wurde wesentlich beeinflusst durch ein zu großes Vertrauen in den Völkerbund und seine Mitgliedsstaaten, sich wegen des Saargebietes, dessen Zugehörigkeit zu Deutschland niemand ernsthaft bestritt, mit dem „Dritten Reich“ auseinanderzusetzen. Aber auch der zwischen der Sopade, dem Exilvorstand der SPD in Prag, und der SPD-Saar schwelende Konflikt hat die Kraft des Parteivorstandes im

Saargebiet stark belastet und zeitweise sogar die Gefahr einer Spaltung der saarländischen SPD heraufbeschworen.⁷

Nachdem schon seit Ende 1933 einige lokale Bündnisse zwischen SPD und KPD im Saargebiet bestanden, fand am 30. Juni 1934 in Burbach eine Einheitsfrontveranstaltung statt, auf der zum ersten Mal Fritz Pfordt für der KP-Saar und Max Braun für die SPD-Saar gemeinsam auftraten. Beide Parteien veröffentlichten gemeinsam den Aufruf „An das Saarvolk“. In dieser ersten gemeinsamen Programm-erklärung bekannten beide Parteien nochmals, dass die deutsche Saar niemals „an dieses Regime von Henkern und Abenteurern ausgeliefert werden“ darf, „deshalb kämpfen wir für die Niederlage und den Sturz der Hitlerdiktatur... In dem Willen, diese Einheitsfront zu einer unwiderstehlichen Flut des antifaschistischen Kampfes anschwellen zu lassen, haben die Sozialdemokratische und die Kommunistische Partei des Saargebietes beschlossen, gemeinsam den Kampf gegen den Anschluss des Saargebietes an ein Hitlerdeutschland zu führen, und im Falle einer Abstimmung für die Formel: ‚Beibehaltung der bestehenden Rechtsordnung‘ als dem verhältnismäßig günstigsten Kampfboden für die Werktätigen einzutreten und für das Selbstverwaltungs- und Selbstbestimmungsrecht der deutschen Saarbevölkerung zu kämpfen.“

Beide Parteien behielten ihre vollständige Selbstständigkeit; auf örtlicher Ebene wurden auch andere Gruppen bzw. Parteien in die Einheitsfront aufgenommen. Obwohl das Einheitsfront-Abkommen eine wichtige Etappe im Kampf gegen die Rückgliederung des Saargebietes an das „Dritte Reich“ darstellte, ließ der gemeinsame Aufruf noch viele Fragen offen. Wie sollte die Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes konkret aussehen? War eine zweite Abstimmung möglich, die eine spätere Rückkehr zu einem freien Deutschland möglich macht? Sowohl SPD als auch KPD, diese in völlig unverantwortlicher Demagogie („Völkerbundsfaschismus“), hatten die Zustände im Saarrevier der Völkerbundszeit, in politischer, sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht teils heftig kritisiert. Aber ein Programm, das auf diese Fragen einging, konnten sie – zumindest vorläufig – Anhängern und Sympathisanten nicht anbieten. Weil beide Parteien zwischen 1920 und 1933 keinen Zweifel an der Rückgliederung des Saargebietes gelassen und auch nach dem 30. Januar 1933 ihr

„Deutschtum“ der „undeutschen Hitlerbarbarei“ entgegengestellt hatten, mussten sie den Status-quo-Befürwortern erklären, ob die Abstimmung endgültig sein würde. Oder ob es die Möglichkeit gab, nach einem Erfolg für den Status quo, eine zweite Abstimmung, nachdem Hitler nicht mehr an der Macht ist, durchzuführen, um dann zu einem freien Deutschland zurückkehren zu können? Diese offenen Fragen stellten für die Gegner des Status quo wirkungsvolle agitatorische Möglichkeiten dar, SPD- und KPD-Anhänger mit den politischen Positionen ihrer eigenen Parteien aus den ersten 13 Jahren Völkerbundherrschaft an der Saar zu konfrontieren und zu verunsichern.

Die Freien Gewerkschaften im Abstimmungskampf

Der Anpassungskurs des ADGB - Vorstandes (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund) in Deutschland gegenüber der Hitlerregierung, der bis zur Verleugnung gewerkschaftlichen Selbstverständnisses ging,⁸ konnte die Freien Gewerkschaften nicht vor der Auflösung ihrer Organisationen, Beschlagnahme des Vermögens und der Verfolgung und Inhaftierung vieler ihrer Funktionäre retten. Nach der Zerschlagung der Freien Gewerkschaften in Deutschland am 2. Mai 1933 reagierten die Freien Gewerkschaften im Saargebiet schnell und bildeten selbstständige Organisationen. Schon am 13. Mai 1933 erschien die erste Ausgabe der „Saar-Bergarbeiter-Zeitung, Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter für das Saargebiet“. Julius Schwarz, der Vorsitzende des Bergarbeiter-Verbandes (BAV) im Saargebiet führte auf der BAV- Konferenz am 14. Mai 1933 u.a. aus, „...Die freiwillige Gleichschaltung unter diesen Verhältnissen wäre ein Verrat an der Saararbeiterschaft... Auch wäre sie ein Verrat an der Vergangenheit der freien Gewerkschaften und unserer Weltanschauung.“

Als Mitte Juni 1933 die Nr. 1 der „Saarländische Gewerkschafts-Zeitung, Organ der freien Gewerkschaften im Saargebiet“ unter der Verantwortung des Vorsitzenden des ADGB- Saar Fritz Dobisch erschien, war die Verselbständigung der Freien Gewerkschaften im Saargebiet

weitgehend abgeschlossen. Damit waren auch die Bemühungen seitens der Christlichen Gewerkschaften gescheitert, „mit den Freien Gewerkschaften über ein geregeltes Verhältnis zu verhandeln“, wie es in der Besprechung konservativer und christlicher Saarpolitiker am 16. Mai 1933 im Auswärtigen Amt hieß.⁹ Gemeint war die Trennung der Freien Gewerkschaften von der SPD und deren Gewinnung für die „Deutsche Front“, was auch schon Dr. Ley bei der tags zuvor stattgefundenen Besprechung saarländischer Politiker mit Hitler angeregt hatte.¹⁰

Die Freien Gewerkschaften versuchten sich im Abstimmungskampf auf sozial- und wirtschaftspolitische Fragen zu konzentrieren. Zwar wurde die Politik der Hitlerregierung scharf kritisiert, gleichzeitig aber versucht, die Entscheidung in der Abstimmungsfrage den Parteigremien zu überlassen. Auch die trügerische Hoffnung, das im „Dritten Reich“ beschlagnahmte Geld der saarländischen Gewerkschaften erstattet zu bekommen, mag die Freien Gewerkschaften in der Festlegung auf den Status quo gehemmt haben. Zwar deutete die Saarländische Gewerkschafts-Zeitung schon Ende September 1933 eine Umorientierung in dieser Frage an, aber bis der ADGB offiziell einen Beschluss fasste, dauerte es bis zum März 1934. Auf einer Versammlung am 18. März 1934 in Saarbrücken wurde ein Appell an die Arbeiter und Angestellten formuliert, in dem es u.a. hieß: „Die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft – des Saargebietes, J.H. – wird sich solange einer Rückgliederung mit allen Mitteln widersetzen, solange in Deutschland an Stelle von Freiheit und Gerechtigkeit Brutalität, Terror und Willkür herrschen.“ Ähnlich wie SPD und KPD im Saargebiet machten die Freien Gewerkschaften zu diesem Zeitpunkt aber noch keine Aussage zu Gunsten des Status quo als Abstimmungsalternative. Es dauerte sogar noch wesentlich länger als bei den beiden Linksparteien.

Erst nachdem der Internationale Gewerkschaftsbund Ende November 1934¹¹ „den Werktätigen des Saargebietes klar und deutlich“ empfohlen hatte, für den Status quo zu stimmen, haben der BAV am 16. Dezember 1934 und unmittelbar anschließend der ADGB auf Delegiertenkonferenzen beschlossen, den Mitgliedern zu empfehlen, „sich am 13. Januar für den Status quo zu entscheiden“. Zwar haben kleinere Gewerkschaften sich schon ab August 1934 offen

zum Status quo bekannt,¹² konnten aber selbstverständlich nicht den Einfluss auf die Arbeiterschaft gewinnen, wie dies beim Dachverband ADGB oder der größten freigewerkschaftlichen Einzelgewerkschaft, dem BAV, möglich gewesen wäre.

Die Bildung der Deutschen Front

Da die NSDAP vor 1933 im Saargebiet keine große Rolle spielte – bei der letzten Landesratswahl 1932 erhielt sie nur 6,7% der Stimmen – war klar, dass sie allein nicht den einmütigen Abstimmungserfolg herbeiführen konnte, den man sich bei der NS-Regierung wünschte. Daher einigten sich Vertreter aller bürgerlichen Parteien und der Christlichen Gewerkschaften aus dem Saargebiet bei dem schon angesprochenen Treffen mit Hitler im Mai 1933 auf ein einheitliches Vorgehen im Abstimmungskampf; die Bildung der „Deutschen Front“ war damit vom Grundsatz her beschlossen. Wesentliche Akteure waren der Völklinger Hüttenbesitzer Hermann Röchling¹³, der Führer der Christlichen Gewerkschaften im Saargebiet Peter Kiefer und NSDAP-Gauleiter Pfalz Joseph Bürckel.

Am 14. Juli 1933 wurde die erste Deutsche Front gebildet, der sich folgende Saarparteien anschlossen: die Deutsch-Nationale Volkspartei, die Deutsch-Saarländische Volkspartei, die NSDAP, die Bürgerliche Mitte und das Zentrum. „Die ‚Deutsche Front‘ hat sich zur Aufgabe gestellt, alle Kräfte der Saarbevölkerung für den Endkampf um die Heimführung des Saargebietes ins deutsche Vaterhaus zusammenzuschließen. Im Hinblick auf dieses große Ziel sind die genannten Parteien einig darin, dass jeder kleinliche Hader, jeder persönliche, berufliche oder örtliche Zwist beendet ist. Jede Partei behält ihre Selbstständigkeit. Die in der ‚Deutschen Front‘ zusammengeschlossenen Parteien haben keinen größeren Wunsch als alle deutschen Volkskreise an der Saar für die große nationale Aufgabe, die wir zu lösen haben, zusammenzuführen. Wer sich zu Deutschland bekennt, gehört in unsere Reihen. Wir teilen die deutsche Schicksalsgemeinschaft. Wir wollen heim zum Reich. Es lebe Deutschland“, hieß es in der Saarbrücker Zeitung vom 15. Juli 1933.

Die Phase bis Mitte Oktober 1933, bis zur Bildung der zweiten „Deutschen Front“, war gekennzeichnet durch starken Mitgliederverlust der bürgerlichen Parteien und schließlich durch die Selbstgleichschaltung aller Parteien der „Deutschen Front“, außer der NSDAP.¹⁴

Während die Selbstauflösung der DNVP, DSVP und der Bürgerlichen Mitte weitgehend lautlos vor sich ging, gab es im Zentrum innerparteilichen Widerstand. Zwar erreichte die NSDAP im September 1933 eine „Zersetzung von unten“, wie es Maria Zenner formuliert hat, indem sie einzelne Ortsgruppen des Zentrums zum Übertritt zur NSDAP veranlasste. Aber der Hauptschlag gegen das Zentrum kam aus den eigenen Reihen. Die von der „Deutschen Front“ proklamierte Volksgemeinschaftsidee, die Zurückstellung aller Differenzen hinter dem großen Ziel „Unser Deutschland“ deckte sich teils mit einer in katholisch-konservativen Reihen vertretenen Volksgemeinschaftsideologie.¹⁵ Zu diesen Kreisen gehörte auch Peter Kiefer. Zu dieser ideologischen Anfälligkeit Kiefers kam hinzu, dass er sich durch Entgegenkommen in der Zentrumsfrage die Herausgabe der beschlagnahmten Gelder der Christlichen Gewerkschaften des Saargebietes erhoffte, was sich aber nicht erfüllen sollte. Kiefer betrieb hauptsächlich die Selbstauflösung des Zentrums, die am 13. Oktober 1933 bekannt gegeben wurde. Im Gegenzug hatte die Zentrumsführung eine Vereinbarung erreicht, die jegliche Diffamierung der (früheren) Zentrums politik ausschließen und der katholischen Presse im Saargebiet die freie Darlegung katholischer Grundsätze ermöglichen sollte.¹⁶ Die Vereinbarungen waren aber nicht tragfähig und wurden insbesondere von der NSDAP-Saar immer wieder gebrochen. Den Höhepunkt der Auseinandersetzung zwischen der NSDAP-Saar und dem saarländischen Katholizismus bildete ein Interview des Führers der NSDAP-Saar, Alois Spaniol, in einer schwedischen Zeitung. Spaniol sagte den Untergang der Kirchen in den nächsten zehn Jahren voraus und stellte Hitler als neuen Christus dar. Als Johannes Hoffmann, der Chefredakteur der katholischen Saarländischen Landeszeitung (SLZ), dieses Interview am Jahrestag der Machteinsetzung Hitlers, am 30. Januar 1934, teilweise nachdruckte und scharfe Angriffe gegen die kirchenfeindliche Haltung des Nationalsozialismus startete, war ein Stein ins Rollen gekom-

men, der zur Entmachtung Spaniols im Saargebiet und zur Entfernung Hoffmanns als Chefredakteur der SLZ führte. Während Hoffmann Mitte Februar 1934 als Chefredakteur entlassen wurde, setzte der NSDAP-Gauleiter der Pfalz Bürckel bei Hitler die Auflösung der NSDAP-Saar und deren Eingliederung in die dritte „Deutsche Front“ zum 1. März 1934 durch. Landesleiter der „Deutschen Front“ wurde der Bürckel-Vertraute Jakob Pirro, ein NSDAP-Mann aus Homburg. Mit dem Aufruf vom 1. März 1934 wurde der Volksgemeinschaftsgedanke totalisiert, keiner sollte sich ihm –im wörtlichen Sinne des Wortes– ungestraft entziehen können. So hieß es im Aufruf des Landesleiters der „Deutschen Front“, Jakob Pirro, vom 1. März 1934 u.a.:

„Deutsche Männer und Frauen!

Mit dem heutigen Tage geht der Wunsch in Erfüllung, dessen Verwirklichung wir Saarländer ausnahmslos ersehnten. Es ist Schluß mit allem Parteihader. Wir haben die große Pflicht und Ehre der Welt zu sagen, was in der Stunde des Gebotes es heißt:

Deutscher zu sein.

Am heutigen Tage schließen wir das herrliche Brüderbündnis. Der Katholik geht in die katholische Kirche, der Protestant in die Seine, aber beide sprechen das gleiche Gebet:

Unser Deutschland

... Der Sozialdemokrat, der Kommunist, der Zentrumsmann, der Nationalsozialist, der christliche Gewerkschafter, der freie Gewerkschafter jeder mag politisch anders gedacht haben, nun aber treffen sie sich alle bei dem einen Gedanken:

Unser Deutschland...“

Mit der Auflösung der NSDAP im Saargebiet und der Bildung der vermeintlich überparteilichen Organisation „Deutsche Front“ war die Grundlage gelegt für einen bis dahin nicht gekannten emotionalen Propagandafeldzug, für eine allein auf das „Gefühl Deutschland“ reduzierte Agitation. Die „Deutsche Front“ vom März 1934 war im Aufbau, in der Finanzierung und was die interne Machtverteilung angeht eine Nachfolgeorganisation der NSDAP.

Christliche Arbeiterbewegung und politischer Katholizismus im Abstimmungskampf 1933-1935

Dass der christlichen Arbeiterbewegung im Saargebiet, vor allem den Christlichen Gewerkschaften, eine ganz wesentliche Rolle im Abstimmungskampf zufallen würde, war einhelliger Tenor bei der schon mehrfach erwähnten Besprechung saarländischer Politiker mit Hitler. „Für ihn seien die beiden großen tragenden Kräfte im Saargebiet die NSDAP und die Christlichen Gewerkschaften. Sie müssen die tragenden Pfeiler des Ganzen sein; und die Christlichen Gewerkschaften müssten suchen, alle diejenigen Kreise herbeizuziehen, die für seine Bewegung nicht erreichbar seien. Er sei überzeugt, dass auf diesem Wege die Aufgabe gelöst werden könne“, gibt Röchling die Ausführungen Hitlers wieder. Dem Katholizismus kam im Saargebiet, dessen Bewohner zu annähernd 75% katholisch waren und deren Autoritätshörigkeit gegenüber der Katholischen Kirche weitgehend ungebrochen war, eine entscheidende Bedeutung zu.

Nachdem die Christlichen Gewerkschaften an der Saar, vor allem der Gewerkverein Christlicher Bergarbeiter, im Januar/Februar 1933 noch glaubten, die „braunen Wellen... werden abebben“, gingen sie im März 1933 zur Anpassung und Unterordnung ihrer Politik gegenüber der „nationalen Revolution“ über. Die nationale, antimarxistische Grundhaltung erleichterte ihnen den Schritt. Sie ließen auch nach dem 30. Januar 1933 keinen Zweifel aufkommen, dass ihr Rückgliederungswille „durch keine Regierungsform in unserem deutschen Vaterland beeinflusst“ werde.

Am 29. Oktober 1933 wurde die „Deutsche Gewerkschaftsfront Saar“ quasi als Gewerkschaftsarm der „Deutschen Front“ gegründet. Peter Kiefer wurde Führer der „Deutschen Gewerkschaftsfront“ und einer der aktivsten Propagandisten auf Seiten der „Deutschen Front“. In der „Deutschen Gewerkschaftsfront Saar“ waren etwa 20 nationale Berufsverbände zusammengefasst. Der Selbstgleichschaltung der bürgerlichen Parteien und des Zentrums folgte die widerstandslose Unterstellung der christlichen und nationalen Gewerkschaften unter die „Deutsche Gewerkschaftsfront Saar“ und damit die Preisgabe ihrer Selbstständigkeit. Versuche von Heinrich Imbusch, dem aus

dem „Dritten Reich“ ins Saargebiet geflüchteten ehemaligen Vorsitzenden des Gewerkvereins Christlicher Bergarbeiter Deutschlands und von Fritz Kuhnen, langjähriger Vorsitzender des Gewerkvereins im Saargebiet und von 1930 bis November 1933 Mitglied des Reichstages (Zentrum), bei den christlichen Bergarbeitern eine Opposition gegen Kiefer aufzubauen, scheiterten. Nur im Christlichen Metallarbeiter-Verband Saar (CMV) hatte der Unmut über die schlechte Behandlung ehemaliger christlicher Gewerkschafter im „Dritten Reich“ und die fortdauernde Beschlagnahme des Vermögens der Christlichen Gewerkschaften des Saargebietes durch die Deutsche Arbeitsfront Folgen. Otto Pick, der Vorsitzende des CMV, griff deshalb das „Dritte Reich“ scharf an und führte den CMV mehrheitlich aus der „Deutschen Gewerkschaftsfront Saar“.¹⁷

Sieht man von Einzelpersonen wie Imbusch und Kuhnen ab, war der CMV die einzige Christliche Gewerkschaft, die der Zerstörung des Gewerkschaftsgedankens und dem Terror im „Dritten Reich“ und seitens der „Deutschen Gewerkschaftsfront Saar“ nicht tatenlos zusah. Persönlicher Mut und das Festhalten an jahre-, teils jahrzehntelang vertretenen christlichen und gewerkschaftlichen Positionen zeichneten Pick, Imbusch und Kuhnen aus. Größeren Einfluss auf das Abstimmungsverhalten der Saarländer konnten sie nicht gewinnen.

Im politischen Katholizismus war es Johannes Hoffmann, der nach seiner Absetzung als Chefredakteur der SLZ versuchte, die Rückgliederung zu Hitlerdeutschland zu verhindern. Im Mai 1934 gründete er die Neue Saar-Post. „Politisch war das Blatt konservativ und klerikal eingestellt. Gemeinsamkeiten mit anderen politischen Kräften außerhalb der „Deutschen Front“ bestanden nur in der Ablehnung der Hitler-Diktatur, aber in programmatischen und ideologischen Fragen gingen ihre Wege auseinander“, resümiert Patrik von zur Mühlen.

Christuskreuz oder Hakenkreuz war die Alternative, aus der heraus die Neue Saar-Post für den Status quo eintrat. Es bleibt spekulativ, ob Hoffmann ein größerer Einbruch in die katholische Wählerschaft gelungen wäre. Nachdem der Trierer Bischof Bornewasser sich öffentlich am 29. Juli 1934 in Saarbrücken auf dem Bekenntnistag der katholischen Jugend sehr deutlich gegen die neue Zeitung ausge-

sprochen hatte, war klar, dass deren Einfluss sehr begrenzt bleiben würde.

In einem gemeinsamen Erlass der Bischöfe von Trier und Speyer vom 12. November 1934 werden alle Geistlichen der beiden Diözesen angewiesen, „im Geiste des Reichskonkordats sich jeden öffentlichen Auftretens in politischen Versammlungen im Saargebiet zu enthalten. Unsere Anweisung berührt nicht die sittliche Pflicht der Liebe zum angestammten Volkstum und der Treue zum Vaterland. Diese Liebe und Treue sind vielmehr nach katholischer Lehre sittliche Tugenden...“¹⁸

Dennoch kam es am 30. November 1934 zur Gründung einer neuen Partei durch Johannes Hoffmann: „Deutscher Volksbund für christlich-soziale Gemeinschaft an der Saar“. Ihr Programm stand unter der Parole: „Für Christus und Deutschland – gegen den Nationalsozialismus“. Etwa 70 Geistliche waren bei der Gründungsversammlung anwesend. Neben Johannes Hoffmann gehörten die Christlichen Gewerkschafter Otto Pick, Fritz Kuhnen und Heinrich Imbusch zu den Initiatoren.

Schon am 3. Dezember untersagten die Bischöfe von Trier und Speyer in einem erneuten Erlass die Mitgliedschaft in und die Teilnahme an Veranstaltungen dieser Partei. Die Bischöfe von Trier und Speyer haben wesentlich dazu beigetragen, dass die Rückgliederung auch zu einem nationalsozialistischen Deutschland im katholischen Saarklerus und unter den saarländischen Katholiken nie ernsthaft in Frage gestellt wurde. Wo diese Gefahr bestand, setzten sie ihre kirchliche Autorität ein, wohl wissend, dass der Autoritätsgehorsam bei den saarländischen Katholiken gegenüber der Amtskirche noch weitgehend ungebrochen war. Der trügerischen Hoffnung, durch Entgegenkommen eine Bestandsgarantie für kirchliche Organisationen und Institutionen und Wirkungsmöglichkeiten der Katholischen Kirche im nationalsozialistischen Staat zu erreichen, ordneten sie ihre Bedenken gegenüber der Politik und ihre Kenntnis der Verbrechen im „Dritten Reich“ unter. Ideologische Berührungspunkte zwischen Katholischer Kirche und der Politik im „Dritten Reich“ – Antimarkxismus, Reichsidee, der hierarchisch autoritäre Aufbau von oben nach unten in beiden Organisationen sind Beispiele – erleichterten die Entscheidung. Die Haltung der Bischöfe von Trier und Speyer in

der Abstimmungsfrage hat der „Deutschen Front“ und den Nationalsozialisten den Rückgliederungserfolg wesentlich erleichtert, ja in dieser Eindeutigkeit erst ermöglicht.

Die „Deutsche Front“ im Abstimmungskampf (März 1934 bis Januar 1935)¹⁹

Stichwortartig sind hier folgende Argumentations- und Handlungsmuster der „Deutschen Front“ zu nennen:

1. Die Okkupation des Alltags

Nach der Bildung der dritten „Deutschen Front“ zum 1. März 1934 setzte die umfassende Agitation und Propaganda ein. Gab es in den ländlichen, stark katholischen Dörfern der Kreise Saarlouis, Merzig und St. Wendel etliche Orte, die von der Status-quo-Werbung kaum oder gar nicht erreicht wurden, – es sei denn in der diffamierenden Darstellung seitens der „Deutschen Front“ – so konnte sich niemand der Werbung der „Deutschen Front“ entziehen. Hunderte von Giebelwänden warben für die „Heimkehr ins Reich“, in den Dörfern und Straßenzügen wurden als Vorabstimmung bezeichnete Wettbewerbe zur Aufnahme in die „Deutsche Front“ durchgeführt.²⁰

„Ich bin Deutscher und bitte um die Aufnahme in die Saarvolksgemeinschaft ‚Deutsche Front‘. Gleichzeitig erkläre ich, dass ich mit dem Tage meines Eintrittes in die Deutsche Front mich los sage von allem, was Partei heißt und nur die eine Parole kenne: Unser Deutschland“, lautete die Aufnahmeerklärung in die „Deutsche Front“.

2. Hier Deutschland – dort Frankreich

Die „Deutsche Front“ verfolgte im Abstimmungskampf ein Konzept der – sich gegenseitig verstärkenden – Entpolitisierung und Politisierung. Entpolitisiert wurde durch die Bildung der „Saarvolksgemeinschaft Deutsche Front“. Klassenkampf und Parteihader sollten zurücktreten. Die Abstimmung wurde reduziert auf die Alternative ja oder nein zu Deutschland. Hier Deutschland – dort Frankreich. „Jetzt scheiden sich endgültig die Fronten! Auf der einen Seite ste-

hen die anständigen Deutschen und auf der anderen Seite stehen Niedertracht und Verleumdung, steht der unbändige Hass gegen alles was Deutsch ist“, variierte der Landesleiter der „Deutschen Front“ Jakob Pirro das Thema. Ergänzt wurde diese reduktionistische Sicht der Abstimmungsalternativen durch die Politisierung traditioneller Feste und Feiern. Der Nationalsozialismus und später die „Deutsche Front“ tarnten Propaganda geschickt als Kulturarbeit, eigneten sich traditionelle Formen der regionalen Kultur an. Erntedankfeste, Sonnwendfeiern und kirchliche Feste wurden zu exakt geplanten Kundgebungen für die Rückgliederung, bei denen nicht nur Mitglieder der „Deutschen Front“, sondern auch noch Schwankende oder Anhänger des Status quo angesprochen werden konnten.

3. Emotionalisierung des Abstimmungskampfes

Die „Deutsche Front“ führte einen emotionalisierten, von Gefühlen bestimmten Abstimmungskampf. Nicht politische Inhalte, rationale Argumentation stand im Vordergrund – wie dies bei der Status-quo-Bewegung der Fall war – sondern Gemeinschaftsgefühle, nationale Bindungen zum Vaterland Deutschland wurden immer und immer wieder beschworen.

Insbesondere in dem Plakat „Deutsche Mutter – heim zu Dir“ ist diese, alles Rationale überlagernde oder besser ausschaltende, emotionale Darstellung der Rückkehr des verlorenen Sohnes Saargebiet zur Mutter Deutschland wirkungsvoll dargestellt. Durch die Grenzlandsituation des Saargebietes, die nach 1918 die Abtrennung von Deutschland brachte, ließ sich das Gemeinschaftsgefühl, die emotionale Bindung an Deutschland, das „Gefühl Deutschland“ besonders aktivieren.

4. Terror der „Deutschen Front“ und Anpassung der Status-quo-Anhänger

Die „Deutsche Front“ ging bis zur Abstimmungsentscheidung am 13. Januar 1935 mit Drohungen und Gewaltakten gegen die Status-quo-Anhänger vor. Von psychischem Druck bis Mord reichte die Gewaltkala. Drohungen mit der „Abrechnung 1935“, Fotografieren bekannter oder vermeintlicher Status-quo-Anhänger, symbolisches Erhängen des Status quo bzw. deren Führer, oder die erzwungene

Einführung des Hitlergrußes in Betrieben schufen ein Klima der Angst und erklärten den politischen Gegner für vogelfrei. Tätliche Übergriffe auf Flugblatt- und Zeitungsverteiler des Status quo und die Zerstörung von Werbetafeln der Antifaschisten gehörten zum alltäglichen Terror der „Deutschen Front“. Heinrich Imbusch wurde körperlich schwer misshandelt, mehrere Mordanschläge auf Max Braun versucht und seine persönliche Leibwache Ernst Braun wurde für mehrere Tage nach Deutschland entführt.

Die Einheitsfront im Abstimmungskampf Juli 1934 – Januar 1935

Das halbjährige Wirken der Einheitsfront gegen die Rückkehr der Saar zu einem nationalsozialistisch beherrschten Deutschland ist gekennzeichnet durch eine umfassende Aufklärung über die Verbrechen in Deutschland und den Terror der „Deutschen Front“ im Saargebiet, gepaart mit einer zum Teil bemerkenswerten politischen Weitsicht.

Rationale Aufklärung und politische Weitsicht waren aber in der emotionalisierten Atmosphäre des von der „Deutschen Front“ geschaffenen Abstimmungsklimas nicht gefragt. „Das Volk wollte unsere Wahrheit nicht“, schrieb rückblickend Gustav Regler in seinem autobiographischen Roman „Das Ohr des Malchus“. Die Propagierung des Status quo konnte mit „Nix wie hemm“ nicht konkurrieren. Es kam hinzu, dass die Einheitsfrontparteien sich von ihrer „eigenen Tradition“ aus der Völkerbundszeit, dem ständigen Nachweis der eigenen nationalen Zuverlässigkeit, auch für die Mehrheit ihrer eigenen Anhänger nicht überzeugend lösen konnten. Die nationale Einheitsfront im Saargebiet bis 1933, die z.T. antifranzösisch-nationalistischen Äußerungen auch gerade der Linksparteien – etwa im Bergarbeiterstreik 1923 –, die Diffamierung autonomistischer Gruppierungen auch durch die Linksparteien als „Landesverräter“, kehrte die „Deutsche Front“ jetzt gegen den Status quo.²¹

Auch die Aufklärungsarbeit der Freien Gewerkschaften an der Saar über die Gefahren der sozialen Verschlechterung und Lohnreduktionen

für die Arbeiterschaft im Fall der Rückkehr nach Deutschland wurde von der „Deutschen Front“ geschickt konterkariert. Zum einen war die Wirtschaftsnot im Saargebiet noch erheblich, zum anderen ließ die „Deutsche Front“ keine Gelegenheit aus, soziale Maßnahmen in Deutschland als „Sozialismus der Tat“ hinzustellen. Nach dem Motto: Im neuen Deutschland kümmert man sich um die „Volksgenossen“, die „Volksgemeinschaft“ – so man denn dazu gehörte – lässt schon niemand im Stich.

Theodor Balk hat dies in seinem Buch „Hier spricht die Saar“ sehr gut geschildert in der Wiedergabe eines Gesprächs mit einem kriegsbeschädigten Hüttenarbeiter aus Völklingen, der kostenlos an einer Urlaubsreise in die Sächsische Schweiz teilgenommen hatte. „Niemand hatte sich bis heute besonders um ihn, um den kriegsbeschädigten Röchling-Arbeiter gekümmert. Kein Aas. Bis ihn vor einigen Monaten das Dritte Reich zur Erholung einlud. Ja, die machen mit ihren Versprechungen ernst. Das Vaterland erstattet, wenn auch mit Verspätung seinen Dank an seine Veteranen....Keinen Cent musste er für die Reise bezahlen...Die Behandlung war ausgezeichnet. Das Essen war reichlich...Was soll das bedeuten? Hat Hitler am Ende doch den Sozialismus gebracht?“, heißt es bei Balk.

Natürlich wurden die Saarländer bei diesen Gelegenheiten auch auf ihre „deutsche Pflicht“ bei der Abstimmung hingewiesen. Fast alle Teilnehmer solcher Reisen ins „Dritte Reich“ waren nach der Rückkehr ins Saargebiet überzeugte und überzeugende Propagandisten für die Rückgliederung nach Deutschland.

Die Aufklärung der Status-quo-Anhänger über den Terror in Deutschland und die Gewaltmaßnahmen der „Deutschen Front“ haben das von der „Deutschen Front“ erzeugte Klima der Angst sogar noch verstärkt, statt den Menschen die Augen zu öffnen. Die Veröffentlichung von Namen und Adressen von Gestapospitzeln im Saargebiet durch die antifaschistischen Parteien, die Behauptungen der Status-quo-Front, die Abstimmung sei nicht geheim, die Nationalsozialisten könnten vielleicht doch herausbekommen, wer wie abgestimmt habe, verstärkte die Verängstigung der Status-quo-Anhänger mit der Folge, dass sich nicht wenige anpassten und quasi als Absicherung für die Zeit nach dem 13. Januar 1935 für die Rückgliederung nach Deutschland stimmten.

Eine weitere Propagandaformel erwies sich für die Status-quo-Parteien als in zweifacher Hinsicht kontraproduktiv. Die Ähnlichkeit, ja Gleichheit des Systems Stumm- Hilger mit dem nationalsozialistischen Deutschland wurde immer wieder propagiert. „Das Hilgersystem ist in Deutschland wiedererstanden“, hieß es in der Saar- Bergarbeiter- Zeitung vom 17. November 1934. Am 13. Januar entscheidet Ihr über das System Stumm-Hilger, welches kein Arbeitsrecht, keine Mitbestimmung, keine freie Meinung, kein Koalitions- und Versammlungsrecht duldet. Hitler-Deutschland heißt Stumm-Hilger“, verkündete die Saar- Bergarbeiter- Zeitung am 5. Januar 1935. Sie druckte auch den Prozeßbericht „Saarabien vor Gericht“ nach.

In völliger Verkennung der Unterschiedlichkeit der Systeme, setzte die linke Arbeiterbewegung im Saargebiet Hitler mit Stumm- Hilger gleich. Als das „Saarabische System“ von Stumm, Hilger und Tille nach 1918 zusammenbrach, erstarkte die sozialistische Arbeiterbewegung im Saarrevier. Diese Stärke und Kraft der Arbeiterbewegung, nach der Verfolgung unter diesen Systemen gestärkt aus der Auseinandersetzung hervorzugehen, sollte diese Gleichsetzung vermitteln. Die Argumentation hatte aber eher den gegenteiligen Effekt. Für die überzeugten Anhänger der linken Arbeiterbewegung im Saarrevier bedeutete diese Gleichsetzung die Erinnerung an Wahlmanipulationen, Wahlfälschungen und persönliche Nachteile beim Verdacht, „falsch“ gewählt zu haben. Bei einem Großteil dieser Arbeiterschaft dürfte die Verunsicherung und die Angst zugenommen haben und daraus folgend die Anpassung und das Votum für die Rückgliederung nach Deutschland die vermeintlich „richtige“ Antwort gewesen sein. Für den größten Teil der Arbeiterschaft außerhalb der linken Arbeiterbewegung, sofern sie überhaupt für die Status-quo-Presse erreichbar war, hatte die Drohung mit Stumm-Hilger nicht die abschreckende Wirkung, als dass davon die Abstimmungsentscheidung abhängig gemacht worden wäre. Die Fürsorgemaßnahmen, damals Wohltaten genannt, von Stumm und Röchling, vor allem aber das Prämienhaussystem der preußischen Staatsgruben im Saarrevier – dieses Programm wurde von der Administration des Mines Domaniales Françaises du Bassin de la Sarre nach 1920 nicht mehr fortgesetzt – wurde von dem Großteil der Arbeiterschaft posi-

tiv aufgefasst, für die sie Dank und Treue zu schulden glaubten. Dem Saarabischen System gelang es, dem Großteil der Arbeiterschaft die soziale Unterdrückung als „Wohltat“ schmackhaft zu machen. Verhaltensdispositionen, die die Saararbeiterschaft um die Jahrhundertwende verinnerlicht hatte, wirkten sich auch noch im Abstimmungskampf gegen den Status quo aus.

Über diese Schwächen und Versäumnisse hinaus war es der Status-quo-Bewegung nicht gelungen, ein Programm zu entwickeln, das man zumindest ansatzweise als Vision dem „Gefühl Deutschland“ hätte entgegensetzen können. Das von Max Braun auf der antifaschistischen Kundgebung in Sulzbach am 26. August 1934 vorgetragene Programm, später als „Programm der Einheitsfront nach dem Siege“ veröffentlicht, enthielt Unklarheiten und konnte nur vage Hoffnungen, etwa auf eine zweite Abstimmung, vermitteln.²²

Die Abstimmung am 13. Januar 1935 lief formal korrekt ab. Frei war sie dennoch nicht. Das von der „Deutschen Front“ erzeugte Klima der Angst und Bedrohung, das durch die Agitation der Einheitsfront unbewusst verstärkt wurde, ließ viele ehemalige SPD- und KPD-Anhänger aus Furcht vor Nachteilen nach der Abstimmung für die Rückgliederung stimmen.

Die Status-quo-Bewegung behielt in vielen ihrer politischen Beurteilungen über die Politik des „Dritten Reiches“ Recht. Viele Status-quo-Anhänger mussten emigrieren, starben in der Emigration oder wurden von den Nazis jahrelang in Gefängnissen und Konzentrationslagern inhaftiert oder gar ermordet.

Die sozialistische, kommunistische und kleine Teile der christlichen Arbeiterbewegung an der Saar haben zusammen mit Antifaschisten unterschiedlicher Herkunft einen zwar aussichtslosen aber aufrechten Kampf geführt. Dass nach 1945 insbesondere auch im Ausland davon gesprochen werden konnte, dass es auch ein anständiges Deutschland gegeben hat, ist auch ihnen zu verdanken.

Anmerkungen

1 Dies ist die schriftliche Fassung meines gleichnamigen Vortrags, den ich am 13. Januar 2005 im Rahmen der Veranstaltungsreihe der Stiftung Demokratie

Saarland „Der Kampf um die Saar – 70 Jahre danach“, gehalten habe. Der Anmerkungsapparat wurde bewusst kurz gehalten und ein Literaturverzeichnis angefügt. Im Anmerkungsapparat sind nur die Quellen bibliographisch vollständig wiedergegeben, die nicht im Literaturverzeichnis aufgeführt sind.

2 Zenner, S. 181, Fußnote 11.

3 Paul, NSDAP, S.27.

4 Kunkel, S.35.

5 Neuerdings Ursula Langkau-Alex, Bd. 1, S.78f. (Fußnote 29,33), S.150 (Fußnote 8).

6 Intern soll in der Saar-SPD schon Anfang 1934 der Status quo als einzige Möglichkeit angesehen worden sein, falls 1935 abgestimmt werden sollte.

7 Zur sog. Klopferaffaire siehe z.B. Kunkel, S. 84ff., von zur Mühlen, S.85ff.

8 Joachim Heinz, Zwischen Widerstand und Anpassung, S. 293-303.

9 Kunkel, S. 135.

10 Kunkel, S. 133.

11 Saarländische Gewerkschafts-Zeitung Nr. 47 v. 23.11.1934 „Für Recht und Freiheit“.

12 So die Gewerkschaft der Holzarbeiter, vgl. Arbeiter-Zeitung Nr. 181 v. 12./13.8.1934 und die Gewerkschaft der Bauarbeiter; Karl Handfest, Zur Geschichte der Bauarbeiter-Gewerkschaften an der Saar, in: Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden Bezirksverband Saarbrücken und Neunkirchen/Saar (Hrsg.), Neunzig Jahre Bauarbeitergewerkschaften an der Saar 1894-1984, Saarbrücken 1984, S.11-84.

13 Zur Rolle Hermann Röchlings neuerdings Horch, S. 21-23.

14 Es wird hier bewusst auf den Begriff „Gleichschaltung“ verzichtet. Er bezeichnet die umfassende Durchsetzung des Monopolanspruchs der NSDAP mit Gewalt und mit Hilfe staatlicher Macht 1933/34 im „Dritten Reich“ und kann auf die Situation im Saargebiet 1933-35 keinesfalls angewandt werden. Zudem gibt dieser Begriff den damals im Saargebiet Handelnden – ungerechtfertigter Weise – die Möglichkeit, sich darauf zu berufen, es hätte keine Alternative gegeben. Dies war 1984 der Streitpunkt zwischen der SPD -Saar und der Geschäftsführung der Saarbrücker Zeitung über die Rolle der SZ 1933/34, vgl. Sozialdemokratischer Informationsdienst. Mitteilungen der SPD-Fraktion im Landtag des Saarlandes, 4. Jg. Nr. 15/84 vom 25. November 1984, „Saarbrücker Zeitung und SPD-Saar. Ein Beitrag zur Chronologie und Versachlichung der jüngsten Auseinandersetzungen“. In einer redaktionellen Anmerkung zu einem Leserbrief bezüglich eines Beitrags des Landesarchivs zum 13. Januar 1935 in der SZ vom 25. Januar 2005 beharrt die SZ auf dieser

- Auffassung. Vgl. auch differenzierend Jacoby, S.101ff.
- 15 Siehe Fehrenbach, S.14, und den zeitgenössischen Aufsatz von Walter Dirks, *Katholizismus und Nationalsozialismus*, in: *Die Arbeit*, 8. Jg. (1931), S. 201-209.
- 16 Ehemalige Zentrumsorgane erschienen nunmehr, wie andere Zeitungen auch, als „Organ der Deutschen Front“. So die Saarlouiser Saar-Zeitung ab Nr. 241 v. 23.10. 1933, die Saarbrücker Landes-Zeitung ab Nr. 290 v. 24.10.1933.
- 17 Ausführlich Joachim Heinz, *Zum Abstimmungskampf an der Saar*, S.118-147 (134f.). Pick hatte noch im April 1933 in einem Schreiben an Hitler im Namen des CMV die „nationale Erhebung“ ausdrücklich begrüßt.
- 18 Zitiert nach: Heribert Raab (Hrsg.) *Kirche und Staat. Von der Mitte des 15. Jhd. bis zur Gegenwart*. München 1966, S.304f.
- 19 Ich lehne mich im folgenden Kapitel – ohne Einzelnachweise – an die sehr dezidierte Darstellung von Gerhard Paul, „Deutsche Mutter“ (Dissertationsfassung) an. Bd. 1 S.143-515.
- 20 Siehe die eindringliche Schilderung bei Theodor Balk, *Hier spricht die Saar. Ein Land wird interviewt*. Nachwort Ralph Schock, St. Ingbert 1984, S.35f. Das Buch von Balk war erstmals im Herbst 1934 in Zürich erschienen.
- 21 Siehe neuerdings Linsmayer, *Die Macht der Erinnerung*, S.15-49.
- 22 Von zur Mühlen, S. 219f.



Widerstand an der Grenze

Luitwin Bies

Mit der Stimmabgabe am 13. Januar 1935 war die erste Etappe des Widerstandes gegen das faschistische Naziregime abgeschlossen. 46613 Wahlberechtigte hatten ihre Zustimmung verweigert, nachdem sie monatelang mit Zeitungen, Flugblättern, Demonstrationen, Büchern, in Kundgebungen gemahnt und aufgeklärt hatten: Hitler bedeutet Krieg.

Als am 15. Januar 1935 die Ergebnisse des zwei Tage zuvor durchgeführten Plebiszits bekannt gegeben und der Sieg der profaschistischen „Deutschen Front“ mit 90,4 % der abgegebenen Stimmen für die Eingliederung des Saargebietes an Hitler-Deutschland feststand, hatten die Antifaschisten nicht nur eine gewaltige Niederlage erlitten, sie waren nun vor schwierige Entscheidungen gestellt: Stillschweigend akzeptieren und sich anpassen, den schweren Weg ins Exil mit allen damit verbundenen Problemen gehen oder der neuen Situation entsprechende politische Betätigungsformen suchen, d.h. den Widerstand nun unter ungleich schwereren Bedingungen organisieren und leisten.

Am Abend des 15. Januar formierten sich in den Städten und Dörfern an der Saar Freudenkundgebungen und Demonstrationen der 'Deutschen Front'. Es ging dabei aber nicht nur darum, den Sieg zu feiern. Zugleich sollten die Gegner weiter eingeschüchtert, terrorisiert oder gar vertrieben werden. Die Hetze gegen die Hitler-Gegner wurde extrem gesteigert, die Demonstrationen führten vor ihre Wohnungen. An Strohpuppen, die mit Namensschildern „Max Braun“ oder „Fritz Pford“ und der Aufschrift „Status quo“ versehen waren veranschaulichte man, was man am liebsten mit den Anhängern des Status quo tun würde. Sie wurden zum Abschluss der Umzüge unter Gejohle verbrannt.

Das führte dazu, dass erst Hunderte, dann Tausende ihre Heimat verließen, oft erst die mehr exponierten Männer, dann auch die Frauen und Kinder. (Auf die mit dieser Flucht verbundenen Probleme,

z.B. Hausverkauf oder Wohnungsauflösung, Klärung der Rentenfrage u. v. a. mehr kann hier nicht eingegangen werden.)

Damit ist zumindest angedeutet, mit welchen Schwierigkeiten die Versuche verbunden waren, Zustimmung und Bereitschaft zu illegaler Widerstandsarbeit zu finden und diese zu organisieren.

Das Bild des Widerstandes gegen die Nazis in der Saarregion ergibt sich aus Dokumenten, Zeitzeugen-Berichten, Gestapo-Meldungen und Nazi-Justizakten.

(Der Vortrag basiert auf meiner 2002 erschienenen Arbeit über „Widerstand an der Grenze“ und meinem Beitrag „Entscheidung an der Saar“ in: Europa vor dem Abgrund, Köln 2005, sowie auf meinem Beitrag in „Saarländerinnen gegen die Nazis“, Saarbrücken 2004)

Zuerst stand die Frage der „Ortsveränderung“ für die vielen hunderte oder gar tausende „Reichsemigranten“. Das waren jene kommunistischen, sozialdemokratischen und bürgerlichen Nazigegner, die „aus dem Reich“ an die Saar gekommen waren, sich hier am antifaschistischen Abstimmungskampf beteiligten oder die einfach abwarten wollten, wie sich denn die Dinge an der Saar entwickeln würden.

Nun mussten sie weiterziehen.

Nach dem Grenzübertritt waren Forbach und Saargemünd (Sarreguemines) erste Auffangstationen für die Flüchtlinge. Auffanglager wurden in Straßbourg, in Süd- und in Südwestfrankreich eingerichtet. Später fanden z.B. viele saarländische Bergarbeiter mit ihren Familien Arbeitsplätze und Wohnungen in den französischen Kohlegebieten.

In Forbach wurde von Sozialdemokraten und Kommunisten eine „Flüchtlingsberatungsstelle“ eingerichtet, die Informationen erteilte, koordinierte, bei Behördengängen half und eine hektografierte Zeitschrift „Nachrichten von der Saar“ herausgab. Aus dieser „Flüchtlingsberatungsstelle“ wurde später die Grenzstelle der Sozialdemokratischen Partei. Der Reichstagsabgeordnete Emil Kirschmann und die Frankfurterin Hanna Kirchner waren bis Kriegsbeginn 1939 hier die Organisatoren auf sozialdemokratischer Seite, Kirschmann auch von Mühlhausen im Elsaß aus.

Philipp Daub und Karl Merkel, später Bebbie Niebergall, Josef Haßdenteufel und Lore Wolf waren die „Rote Hilfe“-Verantwortlichen der KPD.

Der Sozialdemokratischen Partei gelang es, von und nach Forbach Verbindungen zu illegalen Parteifreunden in mehrere Orte des Saarlandes aufzubauen und zeitweilig zu halten, bis Gestapo-Zugriffe diese Kontakte und Aktivitäten unterbrachen.

Richard Kirn hatte in Forbach bei der Gewerkschaft einen Arbeitsplatz bekommen und im Gewerkschaftshaus eine Wohnung. Er sammelte eine Anzahl ehemaliger sozialdemokratischer Gewerkschaftsfunktionäre um sich. Sie hielten Kontakt an die Saar und zu ihren sozialdemokratischen Vertrauensleuten in verschiedenen Regionen Frankreichs, so zu dem Püttlinger Thomas Blanc in Montauban und zu Hermann Petri aus Neunkirchen, der im Departement Allier lebte. Paul/Mallmann berichten über Verbindungen saarländischer Sozialdemokraten zu ihren Genossen in Lothringen, die dem Austausch von Nachrichten und dem Vertrieb illegaler Schriften dienten. Sie nennen u.a. den Vorsitzenden der SAJ-Gruppe von Saarbrücken 2, Franz Schneider, der zwei Jahre lang regelmäßig die Genossen in Forbach kontaktierte, ehe er 1937 dann zu den Internationalen Brigaden nach Spanien ging. Hermann Sehmer brachte mehrmals „illegales Agitations- und Schulungsmaterial“ über die Grenze, bis er Ostern 1937 bei einem Grenzübertritt festgenommen wurde.

Zu Fritz Schneider aus Sulzbach gehörte eine Gruppe, zu der Max Marzelin, Rudolf Stark und Julius Schneider gehörten. Sie hielten Verbindungen zu Richard Kirn in Forbach, bis z.B. Julius Schneider im November 1936 einem Festnahmeversuch im Grenzbereich entgehen konnte, dafür aber seine Arbeit an der Saar einstellen musste. Er meldete sich ebenfalls zu den Internationalen Brigaden in Spanien. Während der Besetzung Frankreichs organisierte und leitete er eine Gruppe der Resistance in der Nähe von Forqualcier, Departement Basse Alpes. Johann Backes aus dem heutigen Völklinger Stadtteil Wehrden baute ebenfalls eine Verbindung nach Forbach auf. Nachdem er 1936 zum 2. Mal eine Vorladung zur Gestapo erhalten hatte, exilierte er über die Grenze.

Auch der Kommunistischen Partei stellten sich in dieser Situation verschiedene Aufgaben. Da mussten die exilierten Genossen erfasst, Verantwortliche für die Parteiarbeit in den einzelnen Regionen Frankreichs bestimmt werden. Im Lande war der Übergang auf Bedingungen absoluter Illegalität zu organisieren, weniger bekannte Genos-

sen dafür und für die Übernahme von Funktionen zu finden. Das war angesichts der Massenflucht, der Einführung der Arbeitsdienst- und der Wehrpflicht, dann auch der im Bergbau und der Hüttenindustrie erfolgten Entlassungen antifaschistischer Arbeiter und ihre Dienstverpflichtung „ins Reich“, schwierig. Eine Leitung wurde eingesetzt. In einem „Lagebericht von Leitung Saar für PB zu Hause und LL“ vom 18. Januar 1935 hieß es u. a. „Die Partei wird entsprechend den neuen Bedingungen umgestellt, die Leitungen ausgewechselt. Eine Anzahl mittlerer und unterer Funktionäre muss zurückgezogen werden.“

Das war drei Tage nach der Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses. Am selben Tage wandte sich die „B.L. Saargebiet der KPD“ an die sozialdemokratische Partei mit der Aufforderung zu einer gemeinsamen Sitzung der Leitung beider Parteien. Man solle sofort Stellung nehmen „zum gemeinsamen Kampf unter den neuen Bedingungen.“ Wie schon auf einen früher (am Abend des 15. Januar) unterbreiteten Vorschlag zu gemeinsamer Aussprache reagierte die SP auch hierauf nicht. Es blieb vorerst bei der Zusammenarbeit in der Flüchtlingsberatungsstelle, später kam es doch zu partieller Zusammenarbeit zwischen der KPD-Abschnittsleitung und SP-Genossen der Grenzstelle nicht nur, aber auch im Volksfrontprozess für die Saar.

Am 22. Januar 1935 hieß es in einem „Telegramm für Max und PB“: „Es wurde Bezirksleitung geschaffen mit Fritsch an der Spitze und zwei Betriebsarbeitern. Apparat der BL zusammengesetzt aus einem Techniker, einem Kurierleiter, 5 Gebietsleitungen geschaffen, als Leiter 3 Saarländer und 2 Reichsdeutsche...“

Zwar wurde dieser „Apparat“ bald verändert, eine Parteiorganisation entwickelt, die im Raum zwischen Saarbrücken und Völklingen/Bous wirkte. Weitere Gliederungen gab es im Raume Neunkirchen und in den Kreisen Saarlouis und St. Ingbert/Homburg. Die Kämpfer wirkten in den verschiedenen Stadtteilen, in Dörfern und in Betrieben, so der Burbacher und der Völklinger Hütte, bei der Straßenbahn in Saarbrücken und in verschiedenen Gruben des Saarkohle-Reviers. Flugblätter wurden herausgegeben, Losungen wurden gemalt, solidarische Hilfe organisiert u. a. m. Die Abschnittsleitung Saarpfalz hatte von Forbach aus bis kurz vor Kriegsbeginn 1939 Verbindungen zu vielen Gruppen und einzelnen Widerstandskämpfern. Paul/Mallmann

zählen auf Grundlage ihrer Untersuchungen solche Kontakte zu 49 Orten und Stadtteilen sowie zu 19 Betrieben auf.

*

Die Gestapo betrieb bis 1935 von Trier aus ihr Spitzel- und Denunzianten-Netz. Leiter war der saarländische Jurist Heinrich Welsch, welcher die Nachrichten sammelte, sichtet und an die Gestapo-Zentrale nach Berlin weitergab. Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter wurden ausgespäht und ebenso christliche Oppositionelle und Pfarrhäuser, die z.B. die „Neue Saarpost“ des Zentrums-politikers Johannes Hoffmann bezogen, der sich von seiner Partei getrennt und eine eigene Gruppierung für die Abstimmung am 13. Januar geschaffen hatte, den „Christlich-sozialen Volksbund“. Nun richtete sie ihre offizielle Vertretung im Saarbrücker Schloss ein. In ihrem geheimen „Lagebericht für den Monat März 1935“ schrieb sie: „Die Staatspolizei hat ihre Tätigkeit im Saargebiet bereits am 28.2.1935 aufgenommen und zwar, um rechtzeitig die Vorbereitungen für die Machtergreifung im Saarlande und die anlässlich dieses Ereignisses vorgesehenen Festlichkeiten treffen zu können. Die Tätigkeit gestaltete sich in den ersten Tagen außerordentlich schwierig, da gleichzeitig mit der Aufbauarbeit der allgemeine Dienstbetrieb in vollem Umfang einsetzte...

Gleich vom ersten Tage an gingen Anzeigen und Meldungen über die Tätigkeit staatsfeindlicher Elemente in reichem Maße ein, die allerdings zum großen Teil Taten betrafen, die vor dem 1. März 1935 begangen waren, also zu einem hohen Prozentsatz unter die sogenannte Saaramnestie d.h. den Schutz des Abkommens von Rom fielen.

Erst in der zweiten Hälfte des Monats liefen auch Anzeigen ein über neuerliche Betätigung staatsfeindlicher Kreise. Der Umfang der Arbeit der Staatspolizeistelle lässt sich ermessen, wenn man die Zahl der im Monat März zur Bearbeitung gekommenen Vorgänge betrachtet. Es sind dies ca. 1600 Neueingänge und etwa 1200 Anfragen über die politische Zuverlässigkeit von Saareinwohnern...“ Zu diesem Zeitpunkt sei bei der Kommunistischen Partei „nur ein kleiner Kreis der Vertrauten zusammengetreten. Diesem Kreis muss eine er-

höhte Aufmerksamkeit ganz besonders zugewendet werden... Es ist bisher nicht beobachtet worden, dass Funktionäre aus dem benachbarten Frankreich, oder aus dem Reichsgebiet, mit der Organisation der KPD im Saarlande beauftragt sind...“

Dieser Informationsstand der Saarbrücker Gestapo änderte sich aber in kurzer Zeit. Für den Monat Juli 1935 hält sie fest, dass „die Anhänger der Kommunistischen Partei des Saarlandes stärker als bisher in Erscheinung getreten sind“. Kommunistische Flugblätter seien festgestellt worden, die „Propaganda für den Zusammenschluss bzw. die Neuorganisation der K.P. im Saarlande wird von Mund zu Mund betrieben... Zusammenfassend kann gesagt werden, dass im Berichtsmonat die Aktivität der Anhänger des Kommunismus erheblich zugenommen hat...“

Anfang August setzten dann Verhaftungen ein, für die ein vermeintlicher Mitstreiter, der inzwischen V-Mann der Gestapo geworden war, die Informationen geliefert hatte. Bis September waren 68 Personen aus dem Kreis der Gruppierung von Otto Johäntgen und Walter Brückner (von Saarbrücken bis Völklingen/Bous) festgenommen. Weitere Festnahmen von Einzel-Kommunisten und Gruppen aus verschiedenen Orten folgten, so aus Dudweiler, Schmelz, Wehrden, St. Ingbert, Niederwürzbach, aus Orten im Kreis Homburg, aus Merchweiler.

Mallmann/Paul stellten fest: „Insbesondere gegen Kommunisten ging man von Anfang an mit voller Brutalität vor. Wenn sie keine Aussagen machten, stülpte man ihnen Kartoffelsäcke über den Kopf und traktierte sie mit Faustschlägen und Gummiknüppeln. Vielen wurden dabei die Zähne ausgeschlagen, das Trommelfell oder der Kiefer zertrümmert, es gab Nierenschäden und Leistenbrüche, einige erblindeten oder erlitten Nervenzusammenbrüche.“

Von den im Jahre 1935 Verhafteten kamen nur wenige bald wieder frei. Manche wurden ohne Prozess in die Konzentrationslager überführt. In einem 1936 gegen einen Teil jener im August/September 1935 Festgenommenen durchgeführten Prozess vor dem 2. Senat des VGH, der in Frankfurt/Main tagte, standen 29 vor den Nazirichtern. Vier Personen wurden freigesprochen. Gegen 25 Personen wurden 72 Jahre Zuchthaus bzw. Gefängnis verhängt. Dabei waren 5 Frauen,

die zu 10 Jahren und vier Monaten Zuchthaus bzw. Gefängnis verurteilt und gegen die Polizeiaufsicht angeordnet wurden.

Ihnen war vorgeworfen worden, sich nach dem 1. März 1935 „im Saargebiet und teilweise auch von französischem Boden aus durch Werbung von Mitgliedern, Zahlung von Beiträgen, Einschmuggeln, Herstellung und Verbreitung von illegalen Hetzschriften, Sicherung von Druckmaterial, Unterhaltung einer Anlaufstelle und Neuorganisation einer Oberleitung und einer Reihe für sie tätiger Kurierverbindungen für den Wiederaufbau der KPD im Saargebiet eingesetzt“ zu haben.

Noch im Jahre 1935 und danach bis Herbst 1939 wurden immer wieder Verhaftungen einzelner Kommunisten und kommunistischer Gruppen gemeldet, fällte die Nazi-Justiz ihre Terrorurteile oder schickte die Gestapo Verhaftete ohne Prozess in die KZ.

*

Die Verhaftung der Mitglieder der illegalen Gruppe von Otto Johäntgen und Walter Brückner im Sommer 1935 und die Entdeckung und Inhaftierung weiter Kämpfer aus anderen Gruppen bedeutete einen starken Einbruch in die Organisation, einen empfindlichen Rückschlag. Und doch steckten die kommunistischen Antifaschisten nicht auf, ging es doch darum, mit allen Mitteln die Nazis auf dem Weg in den Krieg zu stören, Kräfte zu formieren, die die deutschen Faschisten stürzen und so den Frieden sichern sollten. Nach den Verhaftungen kam ein neuer größerer Aufgabenkomplex auf die Illegalen zu. Sie hatten um solidarische Hilfe für die inhaftierten Genossen und deren Not leidenden Familien bemüht zu sein.

Im September 1936 wurden Peter Roth, sein Genosse und Fraktionskollege (bis 1935) Karl Bode und Jakob Ornau in Saarbrücken festgenommen, weil sie verdächtigt wurden, Antinazi-Parolen gemalt zu haben. Da es aber keine Beweise dafür gab, wurden die drei Kommunisten in „Schutzhaft“ genommen und ins KZ-Lichtenburg in Prettin an der Elbe eingekerkert. 1937 setzte eine neue große Verhaftungsaktion ein.

Als im Januar 1938 in Saarbrücken der II. Strafsenat des Oberlandesgerichts Hamm tagte und gegen 24 Angeklagte sein Urteil verkündete, waren Peter Roth, Karl Bode und Jakob Ornau mit dabei. Unter den weiteren Angeklagten auch Philippina Roth, Peters Ehefrau und Margarethe Stefanski, geborene Lauer.

Das Gericht betonte, die Anhänger der KP „bedienen sich, um den Boden für den gewaltsamen Sturz der nationalsozialistischen Staatsführung zu erreichen, der verschiedensten Mittel“.

Anhänger der KP versuchten:

- „im Geheimen ihre zerschlagene Organisationen und ihren Parteibetrieb wieder auf- und auszubauen“
- „ihre früheren Anhänger sammeln“
- „Verbindungen mit emigrierten Kommunisten im Ausland“ zu halten
- „durch den Aufbau der Roten Hilfe (RH) ihre kommunistischen Gesinnungsgenossen zu sammeln“
- „durch Werbung von Zahlungen für politische Gefangene und deren Angehörigen den Zusammenhalt unter den Kommunisten zu stärken und neue Mitglieder zu gewinnen“

„Durch derartige Unterstützungen soll das Gemeinschaftsgefühl gestärkt, der Glaube an die Anhänglichkeit und Treue der kommunistischen Gesinnungsgenossen erweckt oder erhalten und dadurch die Bereitschaft für den illegalen Kampf neu entfacht oder gefestigt und vergrößert werden. Jede Zahlung von Beiträgen für die illegale RH oder auch nur die Spende für die Unterstützung politischer Gefangener oder deren Familien fördert die umstürzlerischen Bestrebungen des Kommunismus. Jede bewusste Beteiligung an derartigen illegaler Tätigkeit ist als Vorbereitung zum Hochverrat strafbar.“

Außer diesen „Delikten“ versuchten „die Kommunisten“:

„durch hetzerische Reden gegen den Nationalsozialismus... andere Personen mit den bestehenden Verhältnissen unzufrieden zu machen...“

„ihre hochverräterischen Gedanken durch den Rundfunk von Moskau in das Volk zu bringen... Wer die Übertragungen des

Moskausenders abhört, um sich selbst im Kommunismus zu schulen oder zu erhalten, desgleichen, wer solche Übertragungen anderen zugänglich macht oder das Gehörte anderen weitererzählt... fördert hierdurch die Ziele der KP und macht sich der Vorbereitung zum Hochverrat schuldig.“

Schließlich sei „auch die Annahme und Verbreitung kommunistischer Schriften und Flugblätter () Vorbereitung zum Hochverrat“.

Man habe „schon kurz nach der Rückgliederung“ begonnen, „besonders in Saarbrücken den illegalen Apparat der KP im Saarland aufzuziehen und weiterzuführen“. Am 20. Juni 1936 seien vom „Volksgerichtshof“ schon 25 Angeklagte zu hohen Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verurteilt“ worden. Seit damals habe die Gestapo „planmäßig Beobachtungen und Ermittlungen angestellt“ und recherchiert, dass außer den in jenem Prozess Abgeurteilten von anderen „versucht worden war, unter den Straßenbahnern und den Erwerbslosen kommunistische Zellen zu bilden, und dass seit dem Jahre 1935 die Organisation der Roten Hilfe auf- und ausgebaut wurde.“

Wegen des Organisationsversuchs unter den Straßenbahnern war schon der ehemalige Straßenbahner Wendel Schorr, der bis 1935 kommunistisches Stadtratsmitglied in Saarbrücken war, zu einer hohen Zuchthausstrafe verurteilt worden.

Fast sämtliche der nun verurteilten Angeklagten hätten sich „der Vorbereitung zum Hochverrat“ schuldig gemacht. Da Saarbrücken „ein Gefahrenpunkt erster Ordnung“ sei wegen der „ganz besonders gearteten Grenzverhältnisse, die den ungefährdeten Grenzübergang bei Tag und Nacht fast an allen Stellen der Grenze zulassen“ und die „geradezu einen Anreiz zu illegaler Betätigung“ böten, müssten sie bei der Strafzumessung berücksichtigt werden. „Die Strafen mussten so bemessen werden, dass sie geeignet waren, nicht nur bei den Angeklagten den Willen zu weiterer kommunistischer Betätigung restlos zu brechen, sondern auch andere Volksgenossen abzuschrecken und ihnen schon im Hinblick auf die drohenden hohen Strafen die Lust zu kommunistischer Betätigung von vornherein zu nehmen.“

Gegen neun Frauen, 12 Arbeiter, einen Lehrling und zwei Rentner wurden 94 Jahre und 10 Monate Zuchthaus und sechs Jahre und 10 Monate Gefängnis verhängt.

Ich möchte über ein weiteres Beispiel des Widerstandes und der Verfolgung berichten.

In Forbach und in anderen Grenzorten konnten Verständigungsgespräche geführt, Absprachen getroffen werden, hier wurde über Einheit gegen Hitler und über Differenzen untereinander mit den Sozialdemokraten geredet. Deren Mittelpunkt war Richard Kirn. Die Widerstandsarbeit vom lothringischen Grenzgebiet aus konnte nicht von einem ebenen Feld aus geführt werden. Dazu bedurfte es entsprechender Infrastrukturen. Und diese konnten nur mit Hilfe und tatkräftiger Unterstützung von Gleichgesinnten in Frankreich gewonnen werden. Hatten sich zentral die Führungen von KPD und KPF abgesprochen, so galt es auch für die Ebene der Grenzregionen, konkrete Vereinbarungen zu treffen.

Im lothringischen Grenzgebiet war dabei Pierre Müller die zentrale Persönlichkeit. Er, der Partei- und Gewerkschaftsfunktionen bekleidete und 1936 als Mitglied in den Generalrat, das Parlament des Departements Moselle, gewählt wurde, hatte in und um Freyming Gleichgesinnte aktiviert, die mitmachten. Ebenso beteiligten sich Gruppen in Kleinrosseln, in Schönecken, in Stiering-Wendel und andernorts. Worum ging es dabei?

Da waren illegale Quartiere für über die Grenze kommende Antifaschisten zu beschaffen, Geld für den Lebensunterhalt und für die politische Arbeit (Ankauf von Papier, Druckkosten, Porto, Fahrgelder usw.) zu sammeln, Adressen für den getarnten Erhalt von schriftlichen Informationen ausfindig zu machen, sichere Treffpunkte in Gaststätten oder Privatwohnungen zu besorgen. Und da waren auch Flugblätter über die Grenze zu befördern oder Briefe auf deutscher Seite in die Briefkästen zu bringen. Um welche Flugblätter handelte es sich da? Was waren das für Tarnschriften?

Das waren zuerst solche, die sich an die Bergarbeiter, die Hüttenarbeiter, dann an die Bauarbeiter am „Westwall“ wandten, dort ansetzten, wo es um Lohnforderungen, die Arbeitsbedingungen, die Arbeitszeit ging. Anliegen war immer, Arbeiterinteressen zu vertreten und durchzusetzen, und immer war da die Hoffnung, die Arbeiter in den Betrieben könnten sich zu gemeinsamen Aktionen aufraffen und dann auch andere bewegen, sich für die eigenen Interessen einzusetzen und sich gegen das faschistische Regime aufzulehnen.

Der gleiche Tenor bestimmte auch den Inhalt der Flugblätter, die sich an die Bauern, den Mittelstand, an die Jugend wandten. Da wurden deren spezifische Interessen artikuliert und bewiesen, wie die Anordnungen der Nazis dem zuwider liefen.

Wenn man sich an die Katholiken wandte, dann argumentierte man, um Unterstützung für diese gegen die religions- und kirchenfeindlichen Maßnahmen der Nazi-Partei und des Staates zu erreichen. Und immer wieder wurde das Thema Krieg – Kriegsvorbereitung, Kriegsgefahr, Rüstung – und Maßnahmen für den Frieden behandelt.

Im November 1938, als die Nazi-Verbrecher die Synagogen anzündeten, die jüdischen deutschen Mitbürger terrorisierten, viele von ihnen ermordeten, tausende in die KZ sperren, war die Kommunistische Partei Saarpfalz die einzige Kraft an der Saar, die in einem Flugblatt die rassistischen Verbrechen anprangerte und zur Solidarität mit den Verfolgten aufforderte.

*

Ein besonderer Höhepunkt in den Aktivitäten der KP-Abschnittsleitung, der PCF- und der CGT-Funktionäre, dabei auch die sozialdemokratischen Kameraden, war die Unterstützung der Lothringen-Grenzgänger, jener Bergarbeiter, die im Saarland wohnten, auf den französischen Gruben arbeiteten und täglich oder wöchentlich die Grenze passierten.

Seit jeher arbeiteten Saarländer auf den lothringischen Gruben, deren Schächte unmittelbar in den Grenzorten niedergebracht waren, die wie ein Gürtel um einen Teil der Saarregion, den Warndt-Wald, verteilt waren. Ab 1871 bis 1918 hatten ja Elsaß und Lothringen zum „Kaiserreich“ gehört und der Weg zu den Gruben im lothringisch-saarländischen Grenzgebiet war für viele Bergarbeiter nicht weiter als der Weg zu den Saargruben. Später wurde den Bergarbeitern ein Grenzschein ausgestellt, der sie zum Grenzübertritt berechnigte. Einen solchen Schein konnten auch Bürger zeitweilig erhalten, die ein Grundstück auf der anderen Grenzseite besaßen. Eine Strafe konnte auch der Entzug dieser Berechnigung sein.

Den Grenzgängern, wie man sie nannte, wurde nun der Lohn ebenso in französischer Währung, dem Franc ausgezahlt, wie ihren Kollegen, die den Wohnsitz in Lothringen hatten. Sie wechselten dort ihren Lohn, wo der Wechselkurs für sie am günstigsten war, damals in Frankreich.

Mochte es den deutschen Faschisten aus prinzipiellen Gründen auch wenig passen, dass deutsche Bergarbeiter beim „Erbfeind“ Frankreich arbeiteten, sie hatten keine Alternative, d.h. keine Ersatzarbeitsplätze in der Region anzubieten.

Die Nazis erließen per 1937 eine Devisenverordnung, wonach die Frankenlöhne über die Grenze mitgebracht und in Deutschland gewechselt werden müssten. Das auf den Krieg zusteuernde und ihn vorbereitende Regime brauchte die Devisen. Für die Bergarbeiter hätte dies die Hinnahme eines Verlusts von ca. 30 % ihres Einkommens bedeutet. Dass konnten und wollten sie nicht hinnehmen. An Zahltagen besetzten Zoll und Gestapo nun verstärkt die Grenzübergänge, um die Arbeiter zu kontrollieren. Die Antifaschisten in Frankreich, deutsche und französische, stellten die Kommunikation zwischen den Kumpeln der verschiedenen Gruben sicher, organisierten Versammlungen, gaben Flugblätter heraus. Das diente der Verständigung auf gemeinsame Forderungen und Aktionen.

Hunderte Grenzgänger sammelten sich an den Grenzübergängen Kleinrosseln-Großrosseln und Spittel-Lauterbach sowie Kreuzwald-Lauterbach und drängten – die Kontrollen überwindend – über die Grenze.

Bei den Beobachtungen durch die Gestapo wurden z.B. auf der französischen Grenzseite „einige Leute in Baskenmützen“ im Hintergrund festgestellt, „die uns als französische Kommunisten bezeichnet wurden.“

Gestapo und Nazibehörden sahen in den Grenzgängeraktionen „die Hand Moskaus“. Sie konnten nicht begreifen, dass Bergarbeiter nicht widerspruchslos den Reallohn-Abbau akzeptieren wollten und sich wehrten. Sie reagierten mit Verhaftungen und hunderten Strafbefehlen. Das Amtsgericht Völklingen verhängte gegen 704 Bergarbeiter Strafen zwischen sechs Wochen und drei Monaten Gefängnis sowie 100 bis 150 Reichsmark Geldstrafe. Das Amtsgericht in Saarlautern,

wie die Nazis die Stadt Saarlouis umbenannt hatten, bestrafte weitere 72 Bergarbeiter.

Gegen vier Bergarbeiter wurden in einem Prozess noch höhere Strafen verhängt, „weil sie durch ihr gemeinsames Vorgehen mit mehreren hundert anderen Grenzgängern dem deutschen Reich feindlich gesinnten Gruppen einen nur allzu willkommenen Anlass zur Verbreitung schlimmster Greuelmärchen gegeben“ hätten, hieß die Begründung.

Die verurteilten Grenzgänger kamen aus 25 verschiedenen Orten des Saarlandes. Es kam später zur Amnestie. Aber die Proteste hielten an, ebenso die Repressalien. 1938 wurde der Bergarbeiter Andreas Closen aus Lauterbach in Gestapo-Haft in Saarbrücken umgebracht. Man musste den Grenzgängern Zugeständnisse machen, es wurden zum offiziellen Umtauschkurs Zulagen gewährt.

Die Antifaschisten hatten – außer der Erwartung auf Erfolge für die unmittelbar Betroffenen – auch gehofft, dass der Funke des Protestes: des Widerstandes gegen Maßnahmen der Nazis auch auf die Saarbergarbeiter und auf die Arbeiter in den Industrierwerken überspringen würde...

Die Grenzgänger waren den faschistischen Behörden und Institutionen immer schon verdächtig. Es war nicht nur die Vermutung von Sympathien gegenüber dem „Erbfeind Frankreich“, nicht nur die Sorge, die Entwicklung im Frankreich der Volksfront könnte zumindest partiell ansteckend wirken und aus der Tatsache, dass die Grenzgänger täglich das Informationsmonopol der faschistischen Medien durchbrechen konnten, weitere Probleme entstehen könnten. Worum es auch ging beklagte die Gestapo Saarbrücken in ihrem Lagebericht für 1937 u. a.: „Die nach staatspolizeilichem Gesichtspunkte völlig unzureichende Sperrung und Überwachung der Grenze ermöglichte es dem saarländischen Kommunisten sein eigener Funktionär, Kurier, Propagandamann, Zeitschriftentransporteur usw. zu sein, da er praktisch die grüne Grenze ohne allzu große Gefahr beliebig oft überschreiten konnte.

Häufig brauchte er sich der Gefahr des illegalen Grenzübertritts noch nicht einmal auszusetzen, nämlich, wenn er Grenzgänger (ca. 3000 saarländische Bergarbeiter arbeiten in Lothringen) war oder aus an-

deren Gründen (Grundbesitz oder Verwandte in Lothringen) eine Grenzkarte besaß.

Die Grenzgänger bieten für die KP-Leitung in Lothringen überhaupt eine recht gute Möglichkeit zur Einführung und Verbreitung ihres Materials in das Saarland. Der Grenzgänger wird durch entsprechende Lektüre und mündliche Bearbeitung durch die KP-Funktionäre in Lothringen mit den kommunistischen Gedankengängen vertraut gemacht, erhält seinen Auftrag und wird dadurch zu einem nicht zu unterschätzenden 'Keim-Träger' für das Saarland. Die KP-Leitung hat es dabei noch nicht einmal nötig, ihre Leute durch Mitgabe von gedrucktem Material bei einer evtl. Durchsichtung an der Grenze zu gefährden.“

Am 29. November berichtete die Saarbrücker Gestapo nach Berlin: „Im Verhältnis zu den Vormonaten ist eine Steigerung der Propaganda durch Einschmuggelung von kommunistischem Propagandamaterial zu verzeichnen. Es handelt sich hierbei vornehmlich um Flugblätter, die in Frankreich hergestellt, durch Grenzgänger über die Grenze gebracht und zur Post gegeben worden sind.

Neuartig ist eine Einführung kleiner, aus feinem Seidenpapier hergestellter mit Schreibmaschine geschriebener Handzettel, die zusammengerollt als Ohrenwatte oder sonstwie unauffällig durch die Grenzkontrolle gebracht werden können.“

Die Gestapo fahndete nach „Kaffee-Blechen mit doppeltem Boden“, mittels derer Tarnschriften über die Grenze gebracht würden. Das waren Kaffee-Flaschen aus Aluminium, die extra zu diesem Zweck präpariert waren. Oder es waren auch Kaffee-Flaschen, an denen der Trinkbecher befestigt war, in den man solche Schriften gelegt hatte. Wie sah die Beurteilung der antifaschistischen Widerstandsarbeit hier an der Grenze durch die Gestapo aus?

In einem zusammenfassenden Bericht an die Gestapo-Zentrale in Berlin urteilte die Stapo Saarbrücken am 15. Juli 1942 rückblickend: „Die Abschnittsleitung Saarpfalz war eine der aktivsten Grenzstellen der illegalen KPD. Die Tatsache, dass zwischen der Bevölkerung Lothringens und der Saarpfalz zahlreiche verwandtschaftliche Beziehungen bestehen, die einen regen Grenzverkehr zur Folge hatten, sowie der Umstand, dass bis Kriegsausbruch Tausende von saarländischen Bergleuten, die zum Teil bis zur Rückgliederung des

Saarlandes der KPD angehört hatten oder Mitglieder sonstiger marxistischer Organisationen waren, als Grenzgänger in lothringischen Kohlegruben arbeiteten, schufen an sich schon günstige Vorbedingungen für die illegale Arbeit nach dem Saarlande.

Es konnten auch bereits ab Frühjahr 1935 in verschiedenen Ortschaften des Saarlandes illegale Zellenbildungen festgestellt werden. Die Abschnittsleitung Saarpfalz hat vor allem eine Unmenge von illegalem Druckschriftenmaterial in das Saarland schaffen lassen, das durch Grenzgänger und sonstige Verbindungsleute hier eingeschmuggelt, zu einem geringen Teil aber auch in Briefen verpackt von Lothringen aus mit der Post nach hier geschickt worden ist. Die AL bezog einen großen Teil der von ihr zur Verteilung gebrachten Druckschriften vom ZK in Paris, sie stellte aber selbst auch im Handabzugsverfahren zahlreiche illegale Druckschriften her. In den letzten Jahren vor dem Kriege konnte hier die Beobachtung gemacht werden, dass die AL immer mehr dazu überging, die illegalen Druckschriften in Briefumschlägen verpackt, die anhand alter saarländischer Adressbücher pp mit den Anschriften von im Saarlande wohnhaften Personen versehen wurden, durch Verbindungsleute über die Grenze schaffen und in verschiedenen Ortschaften des Saarlandes zur Beförderung durch die Post aufgeben zu lassen. Zum Teil wurden auch Adressen verwandt, die den einzelnen Funktionären von ihrem früheren Aufenthalt im Saarlande her bekannt waren.

Die AL unterhielt zahlreiche Kuriere und Verbindungsleute, von denen bereits eine ganze Reihe durch die hiesige Dienststelle erfasst und der Bestrafung zugeführt werden konnte.

Die AL wurde in ihren Bestrebungen weitgehend durch die lothringischen kommunistischen und marxistischen Organisationen unterstützt. Die lothringischen Kommunisten, die natürlich über die Bestrebungen der illegalen KPD sowie über den Aufgabenbereich und die Tätigkeit der einzelnen Funktionäre unterrichtet waren, stellten der Abschnittsleitung in ihren Wohnungen Anlaufstellen für die Abfertigung der Verbindungsleute zur Verfügung, nahmen Geld- und Materialsendungen unter ihrer eigenen Adresse für die Funktionäre der AL in Empfang, halfen beim Adressieren der für die Beförderung der illegalen Druckschrift bestimmten Umschläge, befassten sich selbst mit der Einführung illegalen kommunistischen Druckschriften-

materials in das Reichsgebiet, stellten Verbindungen zu Saargrenzgängern her und förderten die gegen das nationalsozialistische Deutschland gerichtete Arbeit der AL auch sonst in jeder Weise...“

*

Widerstand im Saarland leisteten auch Persönlichkeiten, die nichts oder nur am Rande etwas mit der Arbeiterbewegung zu tun hatten. Ich verweise nur auf Änne Meier aus Baltersweiler (WND), Gauführerin der katholischen Pfadführerinnen, beamtete Fürsorgerin in Homburg und St. Ingbert. Sie verweigerte ihre Mitarbeit am Euthanasie-Programm der Nazis, an der Ermordung kranker, behinderter Menschen. Sie vervielfältigte und verbreitete Schriften des so genannten „Löwen von Münster“, Erzbischof von Galen.



Änne Meier verlor erst ihren Beamtenstatus und wurde – weil sie sich widersetzte – ins KZ Ravensbrück eingesperrt.

Und auf Schwester Theodolinde, d.i. Katharina Katzenmeier, die als Gemeindegewerkschafterin im Püttlinger Ortsteil Ritterstraße tätig war und ihre Antinazi-Auffassungen verbreitete, bis sie denunziert und dann ins KZ Ravensbrück eingesperrt wurde.

*

Über Saarländer im Widerstand ab 1940 zu berichten, wäre ein neues Thema:

- für die Jahre an der Saar
- an der Seite der Résistance in Frankreich
- im Widerstand in Schweden, in Dänemark
- vorher: Saarländer gegen Franco und seine deutsch-italienischen Komplizen
- Jakob Welter aus Dudweiler, der den Versuch unternahm von Schweden aus über die Niederlande an die Saar zu gelangen, um den Widerstand neu zu organisieren, entdeckt und danach in Stuttgart hingerichtet wurde.



Antifaschistische Volksfront an der Saar: Vorreiter, Vorbild, Hemmnis einer Volksfront für ganz Deutschland?

Ursula Langkau-Alex

Dieser Beitrag belichtet Rezeptionen und politische sowie organisatorische Schlußfolgerungen, die im Hinblick einer antifaschistischen deutschen Volksfront aus der Einheits- und Freiheitsfront bzw. Volksfront an der Saar und ihrer hohen Niederlage in der Volksabstimmung am 13. Januar 1935 über die Rückkehr ins Deutsche Reich, die Angliederung an Frankreich oder den Verbleib unter Völkerbundshoheit (Status quo), solange das nationalsozialistische Regime in Deutschland herrsche, gezogen wurden. Die ersten vier Abschnitte leiten in die Materie und die Problematik ein.

Allgemeine Ausgangspunkte

Wohl oder Weh von »Volksfront« in den 1930er Jahren hing in erster Linie ab von den Beziehungen zwischen den zwei erratischen Blöcken der wie auch immer marxistisch inspirierten Arbeiterbewegung, die sich nach dem Ersten Weltkrieg herausbildeten: der Kommunistischen Internationale (Komintern) und ihren nationalen Sektionen auf der einen Seite und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (SAI) als Dachverband autonomer sozialistischer und sozialdemokratischer Parteien auf der anderen Seite. Die Komintern entstand, plakativ gesagt, aus dem Trauma der Pazifisten-Internationalisten in der Zweiten Internationale über den Ausbruch des Ersten Weltkriegs und den Rückfall – vielleicht sollte man besser Vorfall sagen – der

(Mehrheit in den) zugehörigen Parteien in nationalistische Positionen; Lenin gründete sie offiziell im März 1919 in Moskau und grenzte sie auf folgenden Kongressen als Weltpartei ideologisch und strukturell scharf ab von der Zweiten Internationale, die er freilich seit August 1914 als nicht mehr existent ansah. Die SAI war das Ergebnis der Fusion der Reste der Zweiten Internationale und der im Februar 1921 in Wien gegründeten Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien (IASP, auch Wiener Arbeitsgemeinschaft genannt) auf dem Internationalen Sozialistischen Arbeiterkongress in Hamburg im Mai 1923. In der Gründungs-Resolution setzte sie sich mit dem Bekenntnis zu einem demokratischen Sozialismus gegen die bolschewistische Diktatur und den demokratischen Zentralismus ab, rief aber zugleich im Interesse einer noch zu schaffenden »wirklichen Demokratie« in der UdSSR alle sozialistischen Parteien auf, das Land zu schützen und sich für seine politische und wirtschaftliche Integration einzusetzen. (Verteidigung der Sowjetunion gegen einen imperialistischen oder faschistischen Angreifer galt in der Sozialdemokratie im Prinzip bis zum Stalin-Hitler-Pakt im August 1939.)

Seit dem Staatsstreich des einstigen Sozialisten Mussolini Ende 1922 in Italien sah sich die Komintern neben den alten Phänomenen Kapitalismus und Imperialismus und den Problemen, die die intendierte Weltrevolution aufwarf, dem neuen Phänomen »Faschismus« konfrontiert. Der Rivale in der Arbeiterbewegung, die Sozialdemokratie, ohnehin wegen ihres Reformismus als »sozialverräterisch« bezeichnet, bekam nach den revolutionären Wirren und gescheiterten kommunistischen Aufstandsversuchen 1923 mit Namen in Deutschland – wobei vor allem die von der Reichsregierung, der auch SPD-Minister angehörten, angeordnete Reichsexekution der Wehrmacht gegen die legale SPD-KPD-Regierung in Sachsen die Gegensätze verschärfte –, sodann nach der Durchsetzung der faschistischen Diktatur in Italien 1924 definitiv den Stempel des »Sozialfaschismus« aufgedrückt. Stalin formulierte die später zur Theorie erhobene These von den »zwei Flügeln« der Bourgeoisie bzw. der »Zwillingsbrüderschaft« von Faschismus und Sozialdemokratie, wobei letztere als die »soziale Hauptstütze« der Bourgeoisie denunziert wurde. Zwischen 1929 und 1932, praktisch bis ins Jahr 1934 – sieht man von kurzfristigen ad hoc Einheitsfrontangeboten 1933 nach dem Machtantritt

Hitlers ab, die jedoch Vereinbarungen zwischen den Führungen der Komintern und der SAI ausschlossen – führten die Komintern und ihre Sektionen eine ultralinke Politik unter der Losung »Klasse gegen Klasse«. Zeitweilig wurden, jedenfalls in Deutschland, selbst einfache Mitglieder der SPD und der Freien Gewerkschaften als »Faschisten« beschimpft. Zusammenarbeit aber von kommunistischen und nationalsozialistischen Organisationen, wie z. B. beim Versuch im August 1931, die sozialdemokratisch geführte Koalitionsregierung in Preußen durch einen Volksentscheid zu stürzen, oder beim Streik gegen die Berliner Verkehrsbetriebe im November 1932, war nicht verpönt. Die KPD nährte ihre Aggression einerseits u. a. aus dem »Blutmai« 1929 in Berlin, als die sozialdemokratisch geführte Berliner Polizei eine trotz Verbots durchgeführte 1. Mai-Demonstration der KPD und die anschließenden Barrikadenbesetzungen mit Waffengewalt und tödlichen Folgen auseinanderschlug, andererseits aus der aus Moskau kommenden Propaganda vom »revolutionären Aufschwung« in der UdSSR im Zusammenhang mit dem Ersten Fünfjahresplan, der die Voraussage einer weltweiten Wirtschaftskrise des Kapitalismus korrelierte – die ja auch eintrat.

Neuorientierung

Angesichts der aggressiven Außenpolitik des nationalsozialistischen Deutschland vollzog die Komintern, dominiert von der KPdSU, auf ihrem VII. Weltkongreß im Juli/August 1935 eine radikale Wende. Sie bestimmte für alle Sektionen verbindlich ihr Verhältnis zur Sozialdemokratie neu: Die Einheitsfront »auf neue Art« – d. h. Einheitsfront »von unten und von oben«, an der Basis und zwischen den Spitzen der kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien – sollte die nunmehr als »sektiererisch« gebrandmarkte Theorie und Praxis des »Sozialfaschismus« ablösen. Auf dieser Einheitsfront sollten Volksfronten mit (klein-)bürgerlichen und (klein-)bäuerlichen Parteien gegen Reaktion, Faschismus und Krieg aufgebaut werden.

Auf welche Vorbilder und Erfahrungen konnte die Komintern für die dekretierte Einheitsfront auf neue Art und die Volksfront zurückgrei-

fen? Sieht man auf den unmittelbaren Anlass, die Struktur, die Ziele, die Art der Aktionen und die weitere Entwicklung, so lassen sich zwischen Anfang 1934 und Sommer 1935 in Westeuropa vier »Prototypen« antifaschistischer Bewegungen und Aktionseinheiten bzw. Einheitsfronten unterscheiden. Schematisiert lassen sie sich einteilen in: »militärisch« (also bewaffneter Aufstand), »außerparlamentarisch«, »parlamentarisch« und »plebiszitär«. Gemeinsam ist ihnen, dass die führend Handelnden den kampflosen Untergang der Arbeiterorganisationen in Deutschland 1933 vor Augen hatten.

Die militärische Aktionseinheit sehen wir in Österreich im Februar 1934 und in Spanien im Oktober desselben Jahres. Im klerikal-faschistischen Österreich lehnten sich lokal spontan – vor allem in Linz und in Wien – Teile des seit März 1933 verbotenen sozialdemokratischen Schutzbundes, der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutsch-Österreichs und schließlich aus dem Untergrund auch Teile der KPÖ gegen den Abbau der noch verbliebenen demokratischen Institutionen seitens Polizei und Heimwehrmilizen mit Waffen auf. In Spanien rief die sozialistische Unión General de Trabajadores in Madrid einen Generalstreik aus, fanden in Barcelona Unruhen statt, vor allem aber erhob sich in der Bergbauregion Asturien eine geschlossene, bewaffnete Arbeiter-Allianz von Sozialisten, Anarchosyndikalisten, Linkskommunisten, der sich dann auch die Kommunisten anschlossen, gegen die von der ultrarechten katholischen Confederación Española de Derechas Autónomas (CEDA) beherrschten Regierung, die die agrarischen und sozialen Reformen der Vorgängerregierung von 1932 und 1933 zurückdrehte. In Österreich wurde der Aufstand nach fünf Tagen durch die Heimwehren und das Heer niedergeschlagen, zwischen 314 (nach offiziellen Angaben) und 1.500 Kämpfer wurden getötet, über 5.000 verwundet, mehr als 8.000 Männer und Frauen verhaftet, vor Gericht gestellt, zu Gefängnis, einige sogar zum Tode verurteilt. Die SDAP und andere noch legale Parteien wurden verboten, Emigration und Weg in die Illegalität von führenden Sozialisten und Kommunisten setzten ein, die Reste der Demokratie in der Republik Österreich wurden zerstört. In Spanien forderte das Vorgehen der von der Regierung aus Marokko geholten Mauren und Fremdenlegionäre unter General Franco nach zwölf Kampftagen Tausende von Toten und Verwundeten und rund 40.000

Verhaftete. Die Parteien und Gewerkschaften wurden nicht verboten, aber ihrer Führungen beraubt. Nach den bitteren Niederlagen der kommunistischen Parteien, insbesondere der KPD, bei den Aufstandsversuchen in den frühen zwanziger Jahren konnten Österreich und Spanien kein Vorbild sein für eine neue Strategie, die auf legales Zusammenwirken mit Parteien der SAI im Rahmen der bestehenden nationalen demokratischen Konstitutionen setzte. Wohl inspirierte das Schicksal der Kämpfer vor allem in Spanien die Hilfsorganisationen, voran die Rote Hilfe, zu groß angelegten Solidaritätsaktionen. Solidarität, bereits geübt für die deutschen Opfer des Nationalsozialismus, wurde einer der Grundpfeiler der antifaschistischen Volksfrontbewegung.

In Frankreich sehen wir eine Entwicklung von spontaner außerparlamentarischer Aktionseinheit am 12. Februar 1934, als in Paris die kommunistische Gewerkschaft CGTU (Confédération Générale du Travail Unitaire) nach Tagen revolutionärer blutiger Straßenkämpfe zwischen den faschistischen Ligen und den getrennt vorgehenden linken Organisationen ihre Feindschaft gegenüber der sozialistischen Gewerkschaft CGT (Confédération Générale du Travail) überwindet und sich mit dieser im Generalstreik vereint, bis hin zu einer auf die parlamentarische Ebene gehobenen Einheitsfront gegen die heimischen faschistischen Organisationen, gegen die Krisen- und Notverordnungspolitik der Regierung der »Union nationale« und für die Verteidigung der demokratischen Freiheiten. Höhepunkt des schwierigen Aufeinanderzugehens und Ausgangspunkt für weitere außerparlamentarische Unterstützung, schließlich für den Anschluss der bürgerlichen Radikalsozialistischen Partei zum »Front populaire« im Juli 1935 war der »pacte d'unité d'action«. Die kommunistische Partei, der PCF-SFIC, und die sozialistische Partei, SFIO, schlossen ihn nach schwierigen, widersprüchlichen Verhandlungen am 27. Juli 1934 mit drängender Billigung aus Moskau und versahen ihn mit einer gegenseitigen Nichtangriffs-Klausel. (Dieses neue Verhältnis zur SFIO wurde übrigens von seiten des PCF zunächst als »Front populaire« bezeichnet, um es von der Einheitsfronttaktik alten Stils abzugrenzen). Bekanntlich wählte die Komintern auf ihrem VII. Weltkongreß das französische Beispiel als Modell für die neue Strategie. Der KPD-Vorsitzende Wilhelm Pieck bezeichnete in seinem

Tätigkeitsbericht des Exekutivkomitees der Komintern (EKKI) an den Kongreß die gelungene gewaltlose Kanalisierung des revolutionären Potentials gegen Reaktion und Faschismus als »revolutionäre Taktik«.

Die vierte Art der Einheitsfront 1934 schließlich, wiewohl von der Technik der Aktionen her gesehen der »außerparlamentarischen« vergleichbar, begegnet uns an der Saar. Hätte sie der Komintern auch als Vorbild dienen können? Tatsache ist, dass sie in den bisher bekannten Protokollen, Resolutionen und Beschlüssen des VII. Weltkongresses als solche nicht erwähnt ist. Doch gerade an der Saar unterzeichneten Fritz Pfordt für den Bezirk Saar der KPD und Max Braun für die Sozialdemokratische Partei des Saargebiets (SPS) bereits am 2. Juli 1934 in Saarbrücken den ersten offiziellen Einheitsfrontpakt zwischen einer Sektion der Komintern und einer sozialdemokratischen Partei seit 1923. Die Führung der KPD/Saar hatte wenige Tage zuvor die Initiative ergriffen; doch möglich geworden war der Pakt erst aufgrund dreier Voraussetzungen: Eben diese Parteiführung trug auf Druck sowohl ihrer Basis als auch von seiten der Komintern der Tatsache Rechnung, dass sich lokal bereits sozialdemokratisch-kommunistische Aktionseinheiten herausgebildet hatten und weiter herausbildeten; sie ließ die unsinnige, weil gar nicht zur Debatte stehende Parole »Rote Saar im Räte-Deutschland« fallen und bekannte sich wie die SPS zu einem Votum für den Status quo – wobei nicht zuletzt Herbert Wehner Überzeugungsarbeit leistete; sie akzeptierte die Bedingung der SPS-Führung für eine gegenseitige Nichtangriffs- und Respektierungsklausel. Der Pakt selbst war in zweierlei Hinsicht bedeutsam: Erstens war er direkt gegen das nationalsozialistische Regime gerichtet, indem er auf den gemeinsamen Kampf für ein Votum für den Status quo bei der vom Völkerbund auf den 13. Januar 1935 festgesetzten Volksabstimmung fokussierte. Zweitens durchbrach er die immer noch herrschende kommunistische Sozialfaschismus-Theorie und -Praxis; die SPS war anerkannter antifaschistischer Kampfpartner.

In Moskau indes ventilierte am selben 2. Juli 1934 Georgi Dimitroff – ehemaliger Leiter des Westeuropäischen Büros der Komintern in Berlin, vom Reichsgericht der Mitschuld am Reichstagsbrand freigesprochen und Ende Februar 1934 von der NS-Regierung in die UdSSR

abgeschoben – auf einer Sitzung der Kommission zur Vorbereitung des VII. Weltkongresses der Komintern die Möglichkeit, mit den Führern der linken Opposition in der Sozialdemokratie zusammenzuarbeiten. Er begründete dies damit, dass diese durch die Linksentwicklung der Arbeiterschaft infolge des Anwachsens des Faschismus gestärkt seien. Erklärtes Ziel dieser zur Diskussion gestellten Durchbrechung der Sozialfaschismus-Politik war es indes, die Linken in der Sozialdemokratie, die bisher immer als die schlimmsten Vertreter des Sozialfaschismus, weil nur ›verbal revolutionär‹ und somit ›das Proletariat verführend‹, bekämpft worden waren, als Hebel zur Differenzierung und Spaltung und damit zum Zerfall der Sozialdemokratie zu benutzen und die revolutionären Elemente für bolschewistische Positionen zu gewinnen. Dies sei besonders für Deutschland wichtig, da die SPD trotz Krise, Illegalität und Exil nicht tot sei. Als Modell für diese Politik schwebte Dimitroff die Vereinigung des linken Flügels der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) mit der KPD im Jahre 1920 vor.

Zur Politik der KPD-Führung

Für das Folgende ist festzuhalten, dass die KPD-Führung an der Saar vom Sommer 1934 an eine andere Strategie betreibt als für das Reichsgebiet. Das lässt sich an verschiedenen Beispielen zeigen. Getreu der Anregung von Dimitroff versuchte Walter Ulbricht, den immer noch der SPD angehörenden Arbeitskreis Revolutionärer Sozialisten Deutschlands (RSD), der in Prag und in Karlsbad seine Hauptstandorte hatte, apart für eine Einheitsfront zu gewinnen. Gegenüber dem Exilvorstand der SPD in Prag unternahm man von seiten des Zentralkomitees (ZK) der KPD aber bis Oktober 1935 nichts, was als ernsthafte Bereitschaft zu einem Gespräch von Parteileitung zu Parteileitung bewertet werden könnte. Deutlicher wird die Zweigleisigkeit der Politik noch bei den beiden Aufrufen des ZK an das deutsche Volk, eine »Volksfront« zu bilden.

Der erste Aufruf datiert vom August 1934. Anlass ist die bevorstehende Volksabstimmung, in der Hitler sich seine unmittelbar nach

dem Tode des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg per Gesetz geschaffene Position als »Führer und Reichskanzler« des Deutschen Reiches bestätigen lassen will. Hier übernahm die KPD als erste der exilierten Parteien die Losung »Volksfront«, unter der, von liberaldemokratischer Seite geprägt, von katholischen Organisationen aufgegriffen, letztendlich auch von der SPD unterstützt, in der Reichspräsidenten-Wahlkampagne von 1932 erfolgreich »Für Hindenburg – gegen Hitler« geworben worden war. (Die KPD, Zwischenorganisationen der Arbeiterbewegung und radikale Republikaner wie Carl von Ossietzky stimmten für den »Arbeiterkandidaten« Thälmann).

Der zweite Aufruf des ZK der KPD zur Bildung einer »Volksfront« wurde am 8. November 1934 veröffentlicht; er ist in sich selbst bereits gespalten. Einerseits propagiert er eine »Volksfront« über Parteigrenzen hinweg und richtet seinen Blick besonders auf den katholischen Bevölkerungsteil – das kann angesichts der Entwicklungen im Saargebiet nur als Unterstützung der Einheitsfront und der breiteren Bewegung für den Status quo verstanden werden. Andererseits sind nach Innerdeutschland hinein »Volksfront« und »Einheitsfront« eindeutig nach dem Muster der »Antifaschistischen Aktion« vom Sommer 1932 konzipiert, d. h. »Klasse gegen Klasse«, Bündnisse nur »von unten« – was sich letztlich auch gegen die SPD-Führung und die Partei als solche richtete.

Die KPD-Führung war wiederum die erste, die, ab November 1934, die von der SPS und anderen Gruppierungen bevorzugte Namengebung »Freiheitsfront« für die Status quo-Bewegung als »Volksfront« bezeichnete; die SPS folgte noch im November. Im Januar 1935 konnten sich beide Parteiführungen in ihrer Wortwahl durch Heinrich Brüning bestätigt fühlen. Der ebenfalls in die Emigration gezwungene Zentrumspolitiker, unter dessen Kanzlerschaft die Volksfrontbewegung »Für Hindenburg – gegen Hitler« Gestalt gewonnen hatte, schickte Anfang 1935 ein Telegramm an »volksfront hohenzollernstraße«, in dem er den Saarländern seine herzlichen Wünsche »im kampf für leben freiheit kirche« zu übermitteln bat.

Zur Politik des SPD-Vorstands in der Emigration

Der Start der SPD in der Emigration verlief ungleich schwieriger und langsamer als der der KPD. Ihr stand keine Organisation, kein Netzwerk zur Verfügung, wie es auf kommunistischer Seite die Internationale Arbeiterhilfe (IAH) und die Internationale Rote Hilfe (IRH) waren. Von den neun Mitgliedern des Parteivorstandes, die zunächst nach Saarbrücken emigriert waren, zogen sechs schon Ende Mai/Anfang Juni 1933 nach Prag um. Mit später hinzugekommenen Vorstandsmitgliedern und einigen Mitarbeitern bildeten sie das Büro der Sopade. Dieser Rumpfparteivorstand zog sich mehrheitlich auf die These zurück, es gelte, das Mandat der Reichskonferenz der Partei vom 26. April und der Parteivorstandssitzung vom 3. Mai 1933 als »Treuhänder« zu verwalten. Den Kampf gegen den Nationalsozialismus und das NS-Regime gedachte er vornehmlich auf geistigem Gebiet, durch Verbreiten der »Wahrheit« zu führen. Eine vorübergehende Ausnahme dieser Position des Verharrens bildet das so genannte »Prager Manifest« zum 30. Januar 1934, »Kampf und Ziel des revolutionären Sozialismus. Die Politik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands«.

Von den drei Parteivorstandsmitgliedern, die im Saargebiet blieben, arbeitete Marie Juchacz vor allem in der Emigrantenfürsorge, während Wilhelm Sollmann und Georg Beyer die im Juni 1933 in Saarbrücken von der Sopade gegründete »Deutsche Freiheit« redigierten. Diese Tageszeitung erschien im Verlag der »Volksstimme«, von daher, dass deren Chefredakteur Max Braun auch nomineller Chefredakteur der »Deutschen Freiheit« wurde. Er ließ es jedoch nicht beim Nominellen bewenden. Das schaffte Rivalitäten, Animositäten, Loyalitätskonflikte. Der Sopade-treue, wenn auch nicht unkritische Sollmann entwickelte eine Aversion gegen Braun, die auch später seine Ablehnung des Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront in Paris mitbestimmte. Die von Braun 1933 betriebene Loslösung der saarländischen Partei von der SPD, sein eher revolutionär unterbauter Kurs, die Zusammenarbeit der SPS mit der KPD/Saar und, vor allem, der Einheitsfrontpakt selbst, schließlich die Parole der Status quo-Front »Für Deutschland – gegen Hitler« markieren

die politischen Gründe für die wachsende Entfremdung zwischen »Prag« und »Saarbrücken«. Gleichwohl tolerierte die Sopade bis zur Volksabstimmung die sozialdemokratisch-kommunistische Einheitsfront und unterstützte die von dieser vorangetriebene erweiterte antifaschistische »Freiheitsfront«. Zu ihr gehörten die Liga für Menschenrechte, der politisch heterogene Kreis im Umfeld der Emigranten-Wochenzeitung »Westland« (ab 2. Dezember 1934 unter derselben Redaktion als »Grenzland« fortgesetzt, nachdem Goebbels sie durch einen Strohmann aufgekauft hatte), Liberal-Demokraten, sozialistische Zwischengruppen und mehr oder weniger parteiungebundene Intellektuelle. Nicht wenige der Protagonisten für den Status quo waren Emigranten aus dem Reich (die jedoch nicht abstimmungsberechtigt waren). Der überkonfessionelle Deutsche Volksbund für christlich-soziale Gemeinschaft aus dissidenten Zentrumspolitikern, einigen Geistlichen, Protestanten, Christlichen Gewerkschaftlern schloss sich erst im November 1935 an. Der »Freiheits-« bzw. »Volksfront« stand die Phalanx der »Deutschen Front« aus gleichgeschalteten bürgerlichen Parteien, vom Klerus beeinflusster Zentrumsparterie, NSDAP und Deutscher Gewerkschaftsfront mit ihrer Parole »Heim ins Reich« gegenüber – einer Parole, die bis 1933 so gut wie von allen Saarländern, also auch den Linksparteien, geteilt worden war.

Die Volksabstimmung am 13. Januar 1935: unmittelbare Folgen

Über 90 Prozent der Abstimmungsberechtigten votierten bekanntlich für die Rückgliederung des Saargebiets an das Deutsche Reich – eine herbe Niederlage für die standhaft gebliebenen Status-qualer, selbst wenn manche mehr oder weniger insgeheim angesichts der Propaganda und des Terrors von seiten der »Deutschen Front« und hier vor allem der Nationalsozialisten sowie angesichts der allgemeinen Volksstimmung – was sich insgesamt auch in Austritten aus KPD/Saar, SPS und Freien Gewerkschaften niederschlug – nicht an einen Sieg geglaubt haben mochten. Der Völkerbund setzte am 17.

Januar, zwei Tage nach Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses, die Rückgliederung auf den 1. März 1935 fest. Die ausländischen Mächte beglückwünschten die Hitler-Regierung; der sowjetische Außenminister Maxim Litwinov betonte, das Selbstbestimmungsrecht der Völker habe den Sieg davon getragen.

Der Exodus saarländischer und nach Januar 1933 aus dem Reich ins Saarland geflohener Gegner des Nationalsozialismus setzte fast unmittelbar ein; die meisten gingen nach Frankreich, einige nach Luxemburg, Belgien und in die Niederlande. Die ohnehin lose Status quo-Front löste sich wieder in Einzelorganisationen und Partikularinteressen auf: Es gab nichts mehr zu wählen, allenfalls die eigene Identität zu verteidigen. Am gravierendsten war, dass auch der Einheitsfrontpakt zerbrach und damit ebenfalls die Durchbrechung der Sozialfaschismus-Politik der Komintern und der KPD vom Sommer 1934 rückgängig gemacht wurde. Zwar hatte die SPS-Führung den Pakt zunächst nur bis zum 13. Januar 1935 terminiert sehen wollen; diese Position war aber noch einige Wochen vor einer im Oktober 1934 geäußerten diesbezüglichen Kritik aus dem ZK der KPD heraus mit einem federführend von Braun formulierten Programm politischer, wirtschaftlicher und sozial-kultureller Forderungen, die nach dem erhofften Sieg von einer (weitgehend) autonomen, parlamentarisch fundierten Regierung des »freien Saarstaats« unter der Hoheit des Völkerbunds verwirklicht werden sollten, aufgegeben worden. Das Programm war erstmals auf einer Großkundgebung am 26. August 1934 in Sulzbach bekannt gemacht, von der KPD/Saar akzeptiert und im Dezember gemeinsam aktualisiert worden.

Die letzten dem Pakt noch geschuldeten gemeinsamen Aktionen waren ein von Braun und Pfordt zwei Tage nach der Abstimmung herausgegebener Aufruf an die Saarbevölkerung und die von sieben kommunistischen und sozialdemokratischen Organisationen am 29. Januar 1935 auf einer Kundgebung in Saarbrücken beschlossene Erklärung »Die Einheitsfront gegen die Sozialreaktion an der Saar kämpft weiter und mahnt: Nun Einheitsfront gegen Sozialreaktion im ganzen Reich!«

Rezeptionen auf kommunistischer Seite

Die Niederlage der »Freiheits«- bzw. »Volksfront« an der Saar ereignete sich just in der Phase, in der die Kominternführung intern noch über die Linie des VII. Weltkongresses stritt. Nach dem Willen von Dimitroff sollte der Kongreß dann doch eine Wende hin zu einem positiveren Verhältnis zur Sozialdemokratie bringen; der Beginn war bereits vom September 1934 auf den 15. März 1935 verschoben worden (und begann schließlich erst am 15. Juli 1935). Die Ratlosigkeit, die Ambivalenz der Konzeption von Einheitsfront und Volksfront zeigt sich in der Resolution des ZK der KPD vom 30. Januar 1935. Sie kam auf Druck des EKKI zustande und wurde nach einer Sitzung voller Tumulte verabschiedet. Der Titel, »Proletarische Einheitsfront und antifaschistische Volksfront zum Sturz der faschistischen Diktatur«, erweckt den Eindruck, als wolle die KPD für das ganze nationalsozialistische Deutsche Reich fortsetzen, was die KPD/Saar mit Unterstützung zunächst einer Minderheit im ZK der KPD, darunter Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht – sie wurde erst am 27. Oktober 1934 vom EKKI gegen die Mehrheit der Ultralinken gestützt –, im Saarkampf seit dem 2. Juli 1934 verfolgt hatte. Nichts erweist sich bei genauer Lektüre als minder wahr. Im Gegensatz zur Politik im Saargebiet zwischen Juli 1934 und Januar 1935, als man sich auch an der Entwicklung in Frankreich orientierte, verfolgte die KPD-Führung für das nunmehr um eben das Saargebiet reichere nationalsozialistische Deutschland die alte Taktik: Einheitsfront »von unten«, d. h. auf Betriebs-, Orts- und Bezirksebene und Abkommen mit der Opposition in der SPD gegen den Parteivorstand. »Antifaschistische Volksfront« ist der Resolution vom 30. Januar 1935 zufolge die (Zusammen-)Arbeit von Kommunisten, Sozialdemokraten und Katholiken in den nationalsozialistischen Massenorganisationen und -institutionen, freilich nicht mehr zur Abwehr des »Hitlerfaschismus« wie noch 1932 bei der Antifaschistischen Aktion oder 1934 an der Saar, sondern allgemein zur Wahrnehmung der ›Volksinteressen‹ gegen kapitalistische Ausbeutung, Unterdrückung und Terror. Die Resolution vom 30. Januar 1935 war gleichzeitig eine Kampfansage an die sogenannten »Versöhnler« in der eigenen Partei, das heißt an diejenigen, die wie z. B. Klara Zetkin in den zwanziger Jahren

oder diejenigen, die sich zur Kommunistischen Partei Opposition (KP[D]O) abspalteten, einer nuancierten Faschismus-Analyse und einem modus vivendi mit der SPD vorstanden und die die aus der Sozialfaschismus-Theorie hergeleitete, ideologische Unterschiede negierende »Klasse gegen Klasse«-Politik, die automatisch nationalsozialistisch gesinntes Proletariat einschloss, ablehnten. Die »Versöhnler« wurden, ohne freilich Namen zu nennen, für die Fehler und Versäumnisse der Partei in der Vergangenheit verantwortlich gemacht.

Speziell im Hinblick auf den Saarkampf läßt sich die Rückentwicklung nicht zuletzt an der (Selbst-)Kritik und an den Apologien in den bis in den März 1935 hinein publizierten Reaktionen auf den Ausgang der Volksabstimmung festmachen. Nachdem Alexander Abusch alias Ernst Bayer in dem in Basel erscheinenden Komintern-Organ »Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung« vom 24. Januar ein ganzes Kaleidoskop von Faktoren angeführt hatte, setzte der Abschnitt »Der Saarkampf und seine Lehren« in der schon erwähnten ZK-Resolution vom 30. Januar 1935 – die »Rundschau« veröffentlichte sie als erstes Periodikum am 21. Februar 1935 – den Tenor der folgenden Kommentare. Dieser reicht von: Nationalistisch-chauvinistische Propaganda der »Deutschen Front« und wirtschaftliche Versprechungen von seiten der NS-Regierung besonders im Hinblick auf die unter französischer Verwaltung stehenden Kohlengruben haben die Wähler verführt, dagegen vernachlässigte die Kampagne für den – ohnehin fremd klingenden – Status quo den nationalen, den deutsche Aspekt (dabei hatte ZK-Mitglied Hermann Schubert alias [Max] Richter noch im Oktober 1934 Parteigenossen für den Status quo agitiert mit dem Argument, die Behauptung, dass das Saargebiet deutsch und die Bewohner Deutsche seien, sei eine »chauvinistische Fragestellung«); über: die irrationalen Triebfedern menschlicher Entscheidungen sind ungenügend beachtet worden, andererseits hat der massive Terror der Nationalsozialisten die Wähler eingeschüchtert; und: die Industriebarone an der Saar sowie das kapitalistische Ausland, voran England und Frankreich, haben dem NS-Reich in die Hände gespielt; bis: die KPD/Saar hat sich von der SPS ins Schlepptau nehmen lassen. In diesem Zusammenhang wurde namentlich das gemeinsame Programm vom Dezember 1934 als zu

»sozialdemokratisch« ausgemacht. In dem Programm war zwar einleitend betont, das Saargebiet sei sprachlich und kulturell deutsch, die rechts-, sozial-, wirtschafts- und bildungspolitischen Punkte zielten indes auf eine weitgehende Autonomie jedenfalls für die Status quo-Zeit, von der man aber nicht genau wusste, ob sie dann rückgängig gemacht und der Anschluss ans Deutsche Reich tatsächlich noch vollzogen werden könnte. Mit diesem gemeinsamen Programm wurde die im September 1931 von der Bezirksleitung Saargebiet der KPD speziell für die Saar aktualisierte, Klassenkampf ausstrahlende »Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Saarvolkes« ad acta gelegt. Der als Führer der KPD/Saar für den gemeinsamen Abstimmungskampf aufgebaute Fritz Pfordt wurde nach der Abstimmungsniederlage stillschweigend von seinem Parteiposten zurückgezogen.

Die Hauptschuld an der Niederlage maßten die kommunistischen Kommentatoren jedoch der Sopade und dem Klerus, dem Vatikan zu. Dieses Erklärungsmuster sollte in der Periode der »Volksfront« für ganz Deutschland eine gegenüber den End-Weimarer und den ersten beiden nationalsozialistischen Jahren noch verstärkte Agitation der Sopade bzw. der Sozialdemokraten schlechthin und der Katholiken zeitigen.

Rezeptionen auf sozialdemokratischer Seite

In ihrem ersten Kommentar zur Saarabstimmung, einem Leitartikel im jeweils sonntags erscheinenden »Neuen Vorwärts« vom 20. Januar 1935, nannte die Sopade fast die gleichen Gründe für die Niederlage der Status quo-Front, die sie vorausgesehen, aber nicht in über neunzigprozentiger Höhe erwartet hatte, wie die Kommunisten. Als wichtigste der »Lehren von der Saar« war noch vorsichtig formuliert: »Der nun abgeschlossene Kampf an der Saar hat manche Dinge in einem neuen Lichte gezeigt. Auch denen, die bisher in der Bildung einer *sozialdemokratisch-kommunistischen* Einheitsfront das große Zaubermittel erblickt haben, das alle Proletarierherzen gewinnt, und alle Kerker des Klassenstaates sprengt, mag er zu denken geben...«

Den Kampf »um Deutschland«, nachdem die »Saar [...] verloren«, gedachte die Sopade nun erst recht ohne die Kommunisten zu führen. Allerdings bescheinigte sie ihnen in einem folgenden Artikel Mut, Aktionsfähigkeit, Kampfgeist, Umlernen und Konzessionsbereitschaft hinsichtlich des Programms für die Interimszeit des Status quo, kritisierte aber gleichzeitig ihre Befangenheit in »alte[r] abgelebte[r] kommunistische[r] Phraseologie« und ihren Mangel an »Psychologie«. Es klingt noch nicht an, was später vorwiegende Meinung in der Sopade war: dass eine Einheitsfront mit den Kommunisten das Kleinbürgertum und das Bürgertum in die Arme Hitlers treiben werde. Im übrigen war man in Prag mit den »Sonderbestrebungen« der Parteivorstandsmitglieder und Revolutionären Sozialisten Siegfried Aufhäuser und Karl Böchel, und mit der Miles- bzw. Neu-Beginnen-Gruppe vollaufbeschäftigt, sorgte sich höchstens noch um die Flüchtlinge aus dem Saargebiet.

Rudolf Hilferding, einer der vier alten USPDler, die wegen äußerster Gefährdung kurz nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten in die Emigration gegangen waren und im April nicht mehr in den Parteivorstand gewählt wurden, aber immer noch Cheftheoretiker und »graue Eminenz«, sah als Grund für die Niederlage das Versagen der Arbeiter, und nicht nur der katholischen; sie seien feige gewesen, und: sie hätten sich den Nazis mehr noch als »Deutschland« angeschlossen, schrieb er in einem Brief. Diese Einschätzung findet sich auch in dem anonym veröffentlichten Artikel »Wie die Saar fiel. Ein ungleicher Kampf« in der Ende Januar 1935-Ausgabe der »Sozialistischen Aktion« wieder, die von dem linken Vorstandsmitglied und Hilferding-Freund Paul Hertz verantwortlich redigiert wurde. Die Enttäuschung über die Arbeiterschaft als Kraft gegen den Nationalsozialismus und für den Rechtsstaat trieb Hilferding, den Hauptverfasser des »Prager Manifests«, weiter in die Richtung der bürgerlichen Koalitionspolitik.

Wilhelm Sollmann, dem rechten Flügel zugehöriges katholisches SPD-Vorstandsmitglied, war überzeugt, dass die haushohe Niederlage auf die Vernachlässigung des Nationalen ebenso wie des Irrationalen in der Wahlkampagne zurückzuführen sei. Seine allgemeine Skepsis hinsichtlich einer rein theoretischen Bestimmung der Klassenfronten und der Überbewertung des revolutionären Willens im Proletariat

seitens der »Marxisten« sah er im Ausgang des Saar-Plebiscits bestätigt. Er befürwortete eine Politik, die alle Volksschichten unterhalb der Kaste der Junker und Schwerindustriellen verbinden und allen dienen sollte. 1935/36, zur Zeit des sich etablierenden Volksfrontausschusses in Paris, entwarf er eine »Volksbewegung« gegen Hitler und den Nationalsozialismus, um den »deutschen«, dem deutschen Volk und seinem Charakter entsprechenden, »Sozialismus« zu verwirklichen – so wie die »Labour Party« dem englischen Volkscharakter entspreche. (Auf die verschiedenen und unterschiedlichen, rund 1935/36 entstehenden »Volkssozialismus«-Konzeptionen gegen das NS-Regime, seine Ideologie und seine Politik bei Sollmann, dem dissidenten Nationalsozialisten Otto Strasser, dem katholischen Gewerkschaftler Heinrich Imbusch und in einer Reihe von Parteien der SAI kann hier nicht weiter eingegangen werden.)

Max Braun scheint nicht ernsthaft den Versuch gemacht zu haben, die politischen und psychologischen Ursachen der Niederlage zu ergründen – sein Biograph Gerhard Paul spricht von »Nichtbegreifen« –; vielmehr versteifte er sich darauf, dass der Ausgang der Volksabstimmung Terror, Manipulation, Fälschung und Verrat zuzuschreiben sei.

Neuanfang

Diese Interpretation gab Braun allerdings die Tatkraft, an seine recht guten Erfahrungen während der Status quo-Kampagne anzuknüpfen. Bereits Ende Mai 1935, knapp zwei Monate nach Rückgabe – aus einer anderen Perspektive kann man auch sagen: Auslieferung – des Saargebiets an NS-Deutschland, griff er den »Gedanken einer großen Freiheits- oder Volksfront für den Kampf gegen Hitler«, diesmal für die gesamte Emigration aus Deutschland wieder auf. Die gezielte Werbung für seine Idee setzte er bei den Demokraten und Katholiken aus dem Saarland und vor allem bei jenen aus dem Reich an, die die antinationalsozialistische Kampagne an der Saar von außen, von Frankreich oder anderen Emigrationszentren aus, auf mannigfaltige Weise und öffentlich unterstützt hatten.

In Paris besprach er sich zunächst mit Georg Bernhard, dem linksliberalen Chefredakteur des »Pariser Tageblatts«; etwa einen Monat später folgte ein zweites Gespräch, bei dem auch der Sozialdemokrat (Menschewik) Georg Denicke (Jurij Denike) alias Georg Decker anwesend war. Mit diesem hatte Braun von 1933 bis zum Januar 1935 politisch und journalistisch gut zusammen gearbeitet. Mit ihm sollte er dann auch – und hier ein Vorgriff auf die Geschichte – für eine gesamtdeutsche Volksfront und im Volksfrontausschuss und dessen Programmkommission wirken. Am 26. September 1935 präsentierten sie schon auf der ersten größeren politischen Versammlung deutscher oppositioneller Emigranten – Kommunisten, Sozialisten, Sozialdemokraten, parteilose bürgerliche Demokraten, Katholiken, Protestanten und Gewerkschaftler – im Pariser Hotel Lutetia einen gemeinsam ausgearbeiteten Vorschlag für die ideellen Grundlagen und praktisch-politischen Aufgaben eines zu gründenden »Bund ›Das kommende Deutschland‹« oder »Bund ›Freies Deutschland‹«. Das Dreiergespräch Braun-Bernhard-Decker von Ende Juni ergab vollkommene Übereinstimmung in der Sache, und Max Braun informierte sofort Willi Münzenberg, seit den frühen zwanziger Jahren Propagandist kommunistischer Idee und Politik und Organisator deutscher und internationaler Hilfskomitees, über dessen vertrauten Mitarbeiter und Sekretär des Welthilfskomitees für die Opfer des Hitler-Faschismus, da Münzenberg selbst abwesend war. Vorher schon hatte Braun den Chefredakteur des in Prag erscheinenden KPD-Organs »Der Gegen-Angriff«, Bruno Frei, ebenfalls ein alter Mitarbeiter Münzenbergs, bei einem mehr oder weniger zufälligen Zusammentreffen in London durch ein Exposé über sein erstes Gespräch mit Georg Bernhard informiert. Wilhelm Piecks »Diskussionsvorschlag zur Volksfrontpolitik in Deutschland« vom 11. Juli 1935, in dem er seine in den »Notizen zur Lage der KPD« vom 1. Juli niedergelegten Überlegungen, eine Konferenz über die Frage der Einheitsfront und Volksfront in Deutschland einzuberufen, konkretisiert, dürfte auf beider Berichte nach Moskau beruhen.

Da in der Komintern noch nicht entschieden war, ob nun wirklich die Einheitsfront »auf neue Art« mit der Sozialdemokratie, wie von dieser Seite als Vorbedingung für eine vertrauensvolle Kooperation gefordert, durchgesetzt werden würde, liefen die ersten Sammlungs-

aktivitäten in Paris zur Hauptsache mit parteipolitisch zumeist nicht unmittelbar gebundenen Intellektuellen und überparteilich konstruierten Organisationen über die Solidaritätsschiene. Von diesen Aktivitäten ist außerdem festzuhalten: Sie entwickelten sich bis hin zu ersten Komiteebildungen durchweg spontan, inspiriert von den französischen Organisationen des »Rassemblement« bzw. »Front populaire« und dem Ersten Internationalen Schriftstellerkongreß zur Verteidigung der Kultur. Die meisten Nichtkommunisten drängten mehr und mehr auf ein demokratisches Programm und auf eine sinnvolle Namengebung unter Verwendung des Terminus »Volksfront« – beides versuchte die KPD-Führung selbst über den VII. Weltkongreß, manche Mitglieder des ZK selbst über die große Lutetia-Konferenz vom 2. Februar 1936, auf dem de facto ein Volksfrontausschuss installiert wurde, hinaus zu verhindern: »Volksfront« sollte ihrer Auffassung nach ein Sammlungs- und Kampfbegriff für Innerdeutschland bleiben. Mit dem erst im Juni 1936 offiziell eingeführten Namen »Ausschuss zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront« konnten auch die Kritiker in der KPD-Führung schließlich leben: »Volksfront« war historisch – durch den Reichspräsidentenwahlkampf gegen den Kandidaten Hitler – und aktuell – durch den »Front populaire« und den »Frente popular« – »eingebürgert«, und der ganze Name war sowohl gegenüber der Emigration als auch gegenüber Innerdeutschland neutral. Zur Ausarbeitung eines Volksfront-Programms, wogegen sich mit Namen Walter Ulbricht vehement wehrte, wurde das Politbüro der KPD im März 1936 nach innerparteilichen Auseinandersetzungen von einer Sonderkommission des EKKI gezwungen; das Resultat waren schließlich die von Pieck im Juni 1936 vorgelegten »Richtlinien für die Ausarbeitung einer politischen Plattform der deutschen Volksfront«.

Max Braun wurde im Sommer 1935 etwas an die Seitenlinie gedrängt, teilweise nahm er sich selbst zurück. Erst als Münzenberg im September 1935 aus Moskau, wo er nach Teilnahme am VII. Weltkongreß noch einige Wochen geblieben war, nach Paris zurückkehrte mit dem Auftrag des neu gewählten Generalsekretärs des EKKI, Georgi Dimitroff, eine »Volksfront« gegen einen von Hitler-Deutschland ausgehenden Krieg aufzubauen – Pieck hatte in seinem oben erwähnten »Diskussionsvorschlag zur Volksfrontpolitik in Deutsch-

land« bereits Ähnliches ventiliert –, war auch er wieder voll involviert. Er wurde der sozialdemokratische Partner Münzenbergs. Die Herausgabe einer gemeinsamen, kommunistisch-sozialdemokratischen Zeitung, um das Ausland über Deutschland aufzuklären, war wenn nicht zuerst seine Idee, so doch ihm als Journalisten angemessen. Darüber hinaus war die Zeitung ein Zeichen der Einheitsfront. Das Ergebnis von Hin- und Her-Beratungen auch mit »Moskau« und »Prag« waren schließlich die »Deutschen Informationen« (französische Ausgabe: »Nouvelles d'Allemagne«). Sie erschienen, wie auf der Gründungskonferenz des Volksfrontausschusses am 2. Februar 1936 beschlossen, ab Mitte März 1936 dreimal wöchentlich unter der Herausgeberschaft von Max Braun, Bruno Frei – beide besorgten auch die Redaktion, allerdings wohl in getrennten Räumen –, Rudolf Breitscheid, der bis 1933 dem Parteivorstand der SPD angehörte, und dem Schriftsteller Heinrich Mann, dem Vorsitzenden des Volksfrontausschusses. Damit waren die »Deutschen Informationen« ein offizielles Organ des Volksfrontausschusses.

Es gelang weder Max Braun noch anderen Sozialdemokraten, den Prager Rumpfparteivorstand der SPD unter Otto Wels als Institution (andere Auffassungen gab es innerhalb des Gremiums sehr wohl) von seiner Intransigenz hinsichtlich Einheitsfront und Volksfront oder auch nur gelegentlicher Kooperation abzubringen. Neben der Grundorientierung auf das demokratische Bürgertum war das schlagendste Argument gegen die, freilich selten direkt an den Parteivorstand und nur an ihn gerichteten Einheitsfront-Vorschläge des ZK der KPD stets: Es ist ein Manöver zur Unterwanderung der SPD und letztlich zur Zerstörung der Autorität des Parteivorstands. Das Argument war aus der Rückschau auf die Weimarer Republik geboren, die die SPD ihrem Selbstverständnis nach doch aus der Taufe gehoben und verteidigt hatte. Bestätigt fühlte man sich jedes Mal, wenn auch oder nur die Mitglieder und Dissidenten angesprochen wurden. Gravierend kam für die Sopade hinzu, dass das Politbüro der KPD nicht bereit war und auch nicht vom EKKI dazu aufgefordert wurde, eine Vereinbarung zu unterschreiben, nach der der »Bruderkampf« zwischen den beiden Parteien »vorbehaltlos eingestellt« werde, wie von Victor Schiff und Willi Münzenberg, mit einem Zusatz von Otto Wels

im Herbst 1935 für ein Spitzenabkommen entworfen und wie an der Saar und in Frankreich zugestanden.

Die Verbindung zu Katholiken – und hier muss man vor allem an den Kreis um Johannes Hoffmann, ehemaliges Mitglied des Landesvorstandes Saar der Zentrumsparlei und Journalist, und an den christlichen Gewerkschaftler Heinrich Imbusch denken, die zusammen den Deutschen Volksbund für christlich-soziale Gemeinschaft gegründet hatten – sah anfangs hoffnungsvoll aus. Nach den Worten von Max Braun zeigten sich die Katholiken grundsätzlich zur Mitarbeit bereit und wollten bis Mitte August 1935 offiziell antworten. Tatsächlich erfolgte nie ein offizielles »Ja« von einer katholischen Gruppe als Gruppe, wie Braun sich das wohl vorgestellt hatte. Bis April/Mai 1936 waren nur vereinzelt Katholiken, Gewerkschaftler zumeist, interessiert. Das zeigt die individuelle Teilnahme an oder Zustimmung zu den Konferenzen im Pariser Hotel Lutetia im September und November 1935 und am 2. Februar 1936, sodann die zwischen Dezember 1935 und Mai 1936 in Paris erscheinende, allerdings eher ökumenisch ausgerichtete Wochenzeitung »Europa«, in der der vom Kommunismus zum Katholizismus konvertierte Rudolf Möller-Dostali einen Sammlungsaufruf an die Katholiken veröffentlichte. Kein Katholik war nach März 1936 bereit, im Volksfrontausschuss Platz zu nehmen. Die inneren und sich steigernden äußeren Gründe habe ich in meiner Studie »Deutsche Volksfront 1932-1939« ausführlich dargestellt. Grundsätzlich galt – um Worte des ehemaligen Zentrumspolitikers Carl Spiecker, der anfangs der Programmkommission des Volksfrontausschusses angehörte, als Zeugen für eine ganze Reihe von mündlichen und schriftlichen Äußerungen von Katholiken zu zitieren –, dass man zwar bereit war, mit einzelnen KPD-Leuten, die man »als anständige Hitlergegner« erkannte, zusammenzuarbeiten, aber nicht gewillt, »mit dem Kommunismus zu paktieren«, denn dort sei trotz aller gegenteiligen Beteuerungen die Glaubensfreiheit nicht garantiert, wie das Beispiel der Sowjetunion anschaulich vor Augen führe.

Arbeitsausschuss zur Bildung der Volksfront im Saargebiet

Die katholischen Protagonisten des Deutschen Volksbunds für christlich-soziale Gemeinschaft Johannes Hoffmann, Heinrich Imbusch und Fritz Kuhnen, die in Luxemburg Exil gefunden hatten, sagten auch ab, als es direkt um das Saarland ging. Ihre Entschuldigung mit Visumschwierigkeiten war sehr durchsichtig, immerhin waren andere in Luxemburg Exilierte sehr wohl nach Metz gereist, als dort Anfang Februar 1937 aus Anlass des zweiten Jahrestages der Rückgliederung des Saargebiets unter der Leitung von Max Braun dreiunddreißig emigrierte Politiker und Gewerkschaftler und zwei illegal arbeitende kommunistische Gewerkschaftler über die »Aufgaben der Emigration« angesichts der Lage der Jugend im Saarland, der NS-Wirtschaftspolitik im Zeichen der Kriegsvorbereitung und der Politik der europäischen Staaten konferierten. Die anwesenden zwanzig Sozialdemokraten, neun Kommunisten und sechs christlichen Gewerkschaftler waren zum Teil bereits innerhalb der Freiheitsfront während der Abstimmungskampagne 1934/35, dann im Lutetia-Kreis, im Volksfrontausschuss in Paris und seinen Unterkommissionen und in Hilfskomitees hervorgetreten. Den Aufruf der Versammelten, »Saarvolk höre!«, unterzeichneten im Namen der drei weltanschaulichen Gruppen Max Braun, Philipp Daub und Alois Herrmann.

Der Aufruf war ähnlich aufgebaut wie der Appell des Volksfrontausschusses vom 21. Dezember 1936 an das ganze deutsche Volk, »Bildet die deutsche Volksfront! Für Frieden, Freiheit und Brot«, an dem auch Max Braun mitgearbeitet hatte. In beiden Dokumenten waren den Versprechungen der Nationalsozialisten vor dem 30. Januar 1933 bzw. vor dem Saarplebiszit im Januar 1935 die aktuellen realen materiellen, sozialen und rechtlichen Zustände gegenübergestellt. Leitthemen waren: Brot und Freiheit – dies waren die beiden Parolen, mit denen die NSDAP angetreten war –, Recht und Friede. Maxime der programmatischen Aussagen war »Freiheit für das Volk!« Der, allerdings nur in der Sonderausgabe der »Freiheit-Korrespondenz« vom 11. Februar 1937 abgedruckte Schlussruf des Appells »Saarvolk höre!« – »Kämpfe mit uns für Deutschlands Erneuerung!«, – läßt

erkennen, dass man wie seinerzeit in der Abstimmungskampagne die Hoffnung hegte, das Saarland könne als eine Art Brückenkopf für die Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus fungieren.

Organisatorischer Ausdruck dieses nationalen Anliegens wie auch der Intention, das Gastland Frankreich, mindestens seine Arbeiterorganisationen einzubeziehen, ist der Arbeitsausschuss zur Bildung der Volksfront im Saargebiet, den die Versammelten in Metz konstituierten. (Der Koordinationsausschuss deutscher Gewerkschafter, der die bislang mangelnde parteiübergreifende praktische Volksfront-Arbeit für ganz Deutschland übernehmen sollte, wurde erst am 20. März 1937 in Paris ins Leben gerufen.) Die drei Unterzeichner des Aufrufs an das Saarvolk repräsentierten den Arbeitsausschuss in der Öffentlichkeit, doch die tägliche Arbeit leisteten für die Sozialdemokraten Emil Kirschmann als Vorsitzender, dem Heinrich Becker nachfolgte, und Richard Kirm sowie als Sekretärin Hanna Kirchner, für die Kommunisten wirkte vor allen Otto Niebergall.

Der Arbeitsausschuss zur Bildung der Volksfront im Saargebiet benutzte hauptsächlich die gewerkschaftlichen Verbindungen, so den Arbeitsausschuss der freigewerkschaftlichen Bergarbeiter Deutschlands und die französische Gewerkschaft CGT in Lothringen, um u. a. über die Grenzstelle Forbach Familien inhaftierter Oppositioneller zu unterstützen, Informationen einzuholen, Nachrichten, Aufklärungsschriften in Form von Broschüren und Zeitschriften und (Volksfront-)Propandamaterial zu verbreiten. Daneben wurden die Grenzgänger an den verschiedenen Übergängen eingeschaltet, wurden unter den Arbeitern, die in französischen Gruben beschäftigt waren, Protestaktionen geschürt. Hinter der Stimulierung und Koordinierung der Aktionen ins Saarland hinein stand die Idee, die Hilfs- und Gewerkschaftsarbeit von der rein humanitären und tradeunionistischen auf die Ebene des prinzipiell politisch-programmatischen Engagements, auch für das gesamte Reich, zu hebeln. Infolge der Abstinenz der katholischen und bürgerlich-demokratischen Politiker blieb der Arbeitsausschuss zur Bildung der Volksfront im Saargebiet ein auf die Arbeiterklasse, und hier wiederum vornehmlich auf kommunistische und sozialdemokratische Organisationen beschränktes Einheitsfrontgebilde – ohne schriftliches Abkommen. Die Beteiligung christlicher Gewerkschaftler war marginal, von der

Erfassung auch nur eines geringen Teils der nicht-organisierten Bevölkerung ganz zu schweigen. – Es war also (fast) wieder so wie im Abstimmungskampf 1934/35.

Das Auseinanderbrechen des Arbeitsausschusses verlief im Laufe des Jahres 1937 bis zum endgültigen Knall im Frühsommer 1938 parallel zur Lähmung des Volksfrontausschusses in Paris. Die Personalunionen der leitenden sozialdemokratischen und kommunistischen Funktionäre in den verschiedenen Organisationen und Komitees leisteten einem Dominoeffekt Vorschub. Dass ungefähr gleichzeitig der »Front populaire« und der »Frente popular« zerfielen, weist auf die tiefere, international komplexe Ursache des Scheiterns der hoffnungsvoll begonnenen antifaschistischen Bündnisse hin: auf den Ausbruch und Verlauf des Spanischen Bürgerkriegs mit seinen vielschichtigen Implikationen, darunter auch die Revision Moskauer Bündnispolitik.

Das Fragezeichen am Ende des Titels meines Beitrags will ich mit einer kurzen Antwort einlösen: Die antifaschistische Volksfront an der Saar, mit ihren Rezeptionen und ihren Folgen, zeigt eine Reihe von Facetten gelungener, widersprüchlicher und gescheiterter Konzeptionen und Aktionen. Sie war sowohl Vorreiter und Vorbild, als auch ein Hemmnis für die Schaffung einer Volksfront für ganz Deutschland. Sie zeigt, besonders in der Frage der Einheitsfront, dass Rückschau auf die Vergangenheit und Beharren auf einmal eingenommenen Positionen sowohl bei der SPD- als auch bei der KPD-Führung die Fronten noch mehr verhärtete und es erst Anstößen von »außen« (das konnte auch von innen, von der Basis her sein) bedurfte, um Öffnungen zu kreieren. Bewiesen ist, dass man zusammenarbeiten oder mindestens tolerieren konnte, solange gegenseitiges Vertrauen bestand, solange das gemeinsame Ziel, den Nationalsozialismus und sein Regime zu wehren oder niederzuwerfen, nicht Grabenkämpfen, denen andere Motive zugrundelagen, untergeordnet wurde.

Die Rezeptionen der Einheitsfront und Volksfront an der Saar und der Niederlage im Plebiszit sind geprägt von oft kurzfristig, den Tagesereignissen entsprechend wechselnden Taktiken – was besonders auf kommunistischer Seite der Fall ist. Auf Seiten der Sopade sieht man grosso modo die Vor-Urteile einer Zusammenarbeit mit Kommunisten bis hin zur absoluten Intransigenz infolge auch

der Verweigerung eines Burgfriedens bestätigt. Positive Lehren aus dem Saarkampf in allen seinen Phasen zog zuerst der SPS-Führer Max Braun, ob es sich nun um den Anstoß für Gespräche zur Schaffung einer Volksfront für ganz Deutschland oder für den Arbeitsausschuss zur Bildung der Volksfront im Saargebiet handelt.

Dass das »Nein« zum deutschen Faschismus »zersplittert« war – um Mallmann/Paul zu zitieren – , ist evident. Deutlich dürfte auch geworden sein, dass zwischen den Protagonisten des »Nein« und der überwiegenden Mehrheit des »Volkes« eine tiefe Kluft bestand. Willy Brandt, selbst engagierter Volksfrontler, hat einmal gesagt: »Es war eine Volksfront ohne Volk.«

Literatur, alphabetisch aufgeführt:



Bies, Luitwin: Klassenkampf an der Saar 1919-1935. Die KPD im Saargebiet im Ringen um die soziale und nationale Befreiung des Volkes, Frankfurt/M. 1978.

Langkau-Alex, Ursula: Deutsche Volksfront 1932-1939. Zwischen Berlin, Paris, Prag und Moskau, 3 Bde., Berlin 2004-2005.

Langkau-Alex, Ursula: »Internationaler Sozialismus oder Volksozialismus? Das Spannungsfeld antifaschistischer Konzeptionen in der Sozialistischen Arbeiter-Internationale der dreißiger Jahre«, in: Bert Becker/Horst Lademacher (Hrsg.), Geist und Gestalt im historischen Wandel. Facetten deutscher und europäischer Geschichte 1789-1989. Festschrift für Siegfried Bahne, Münster usw. 2000, S. 347-368.

Langkau-Alex, Ursula, unter Mitarbeit von Miloš Hájek und Hana Mejdrová: »Von Krieg zu Krieg. Zu den Beziehungen zwischen der Kommunistischen Internationale und den Sozialistischen Internationalen – Eine Zwischenbilanz«, in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK), Jg. 39 (2003), H. 4, S. 446-478.

Mallmann, Klaus-Michael/Gerhard Paul: Das zersplitterte Nein. Saarländer gegen Hitler (Widerstand und Verweigerung im Saarland 1935-1945, hrsg. von Hans-Walter Hermann, Bd. 1), Bonn 1989.



Mühlen, Patrik von zur: »Schlagt Hitler an der Saar!« Abstimmungs-
kampf, Emigration und Widerstand im Saargebiet 1933-1935, Bonn
1979.

Paul, Gerhard: Max Braun. Eine politische Biographie, St. Ingbert
1987.

Paul, Gerhard/Klaus-Michael Mallmann: Milieus und Widerstand.
Eine Verhaltensgeschichte der Gesellschaft im Nationalsozialismus
(Widerstand und Verweigerung im Saarland 1935-1945, hrsg. von
Hans-Walter Hermann, Bd. 3), Bonn 1995.



„Vitale Vergeßlichkeit“ - Wie ging es den saarländischen Opfern des Nationalsozialismus nach der Befreiung?¹

Wilfried Busemann

Das Ende des Zweiten Weltkrieges wird inzwischen unumstritten als Akt der Befreiung vom Nationalsozialismus aufgefasst. Für die Opfer des Nationalsozialismus endet zwar die unmittelbare Lebensgefahr, aber die meisten von ihnen leiden noch Jahrzehnte, oft bis an ihr Lebensende, an den materiellen, psychischen und medizinischen Schädigungen der Verfolgungszeit. Über die vielen Einzelschicksale nach 1945 ist auch in der interessierten Öffentlichkeit meist sehr wenig bekannt, und das liegt zu einem wichtigen Teil an der „Vitalen Vergeßlichkeit“.

Als „Vitale Vergeßlichkeit“ bezeichnet schon 1949 Dolf Sternberger im letzten Heft der Zeitschrift „Die Wandlung“ die damals rasch zunehmende Weigerung breiter Teile der Bevölkerung, sich mit der jüngsten Vergangenheit zu befassen.

In den folgenden, notwendigerweise kurzen Ausführungen kann nicht alles, was eigentlich erwähnenswert wäre, dem Vergessen entrissen werden. Einiges dazu habe ich in den letzten Jahren auch schon zu Papier gebracht. So zum Beispiel über die Wahrnehmung der Opfer des Nationalsozialismus an der Saar seit 1945 im gesellschaftlichen Leben, in privaten Äußerungen und in der Behörden-Praxis sowie über die ersten Selbsthilfemaßnahmen der Opfer in den Jahren 1945 bis etwa 1948/50.²

Zur Einführung in das Thema, welches ich heute abend anspreche, will ich Ihnen zuerst eine Geschichte erzählen. Ich zitiere:

„Sie müssen zunächst ‘mal die Zinkengänger von den wirklich Bedürftigen trennen, aber Sie müssen aufpassen, dass Sie nicht Zinkenopfer werden.“ Diese Verunglimpfung als Empfehlung für den Umgang mit den Opfern des Nationalsozialismus sprach Eberhard von Brauchitsch in der Ende November 1997 von der ARD ausgestrahlten Dokumentation „Spiel auf Zeit“ aus – und lieferte gleich die Erklärung: Zinkengänger waren im Berlin der 20er Jahre straff organisierte Bettler, aber auch sogenannte „Asoziale“ und Kleinkriminelle, die in die Türrahmen der Haushalte, wo sie erfolgreich „geschnorrt“ hatten, einen Zinken drehten, um nachfolgenden „Kollegen“ zu signalisieren: „Hier ist etwas zu holen!“

Dass beim Flick-Konzern, einem Nutznießer des NS-Regimes, für die Opfer „nichts zu holen“ war, dafür sorgte Herr v. Brauchitsch als langjähriger Chef-Manager und Vertrauter der Familie.

Es soll heute abend im Wesentlichen um die Frage gehen, wie die Opfer des Nationalsozialismus ab 1945 an der Saar aufgenommen wurden, wie die insbesondere materielle Re-Integration der einstmalis Ausgegrenzten verlief, was es konkret bedeutet, wenn von „Wiedergutmachung“ oder „Entschädigung“ die Rede ist – und es sollen auch einige Opfergruppen in Erinnerung gebracht werden, die aus heute zumeist unverständlichen Gründen nicht als Opfer anerkannt wurden.

Umstritten und kritikwürdig war und ist seit den 40er Jahren die verwendete Begrifflichkeit. Juristische Fachausdrücke wie Entschädigung, Rückerstattung oder Schadensersatz erfassen zwar wichtige Teile dessen, worum es geht, sie formulieren aber nicht die der Sache innewohnende moralische Verpflichtung. Der statt dessen gebrauchte Ausdruck „Wiedergutmachung“ gilt fast allen Sachkennern als unerträglich, irreführend und ahistorisch. Als ob die schreckliche Erfahrung des NS-Terrors durch irgendeine juristische oder materielle Geste abgetan oder sogar ungeschehen gemacht werden könnte. So nimmt es nicht Wunder, wenn praktisch jede Stellungnahme zum Komplex „Wiedergutmachung“ mit einer Sprach- oder Ideologiekritik beginnt, die die oftmals bewusste Falschheit des Begriffs entlarvt.³

Doch zunächst in der Chronologie zu der Frage: Woher kamen die saarländischen Opfer 1945 – und wohin kamen sie?⁴

Sie kamen aus Todes- und Vernichtungslagern, aus Zuchthäusern und Gefängnissen, aus Illegalität und Emigration, aus Untergrund und Widerstand. Sie kamen krank, unterernährt und erschöpft, geschwächt an Leib und Seele. Sie kamen in Lumpen, Häftlingskleidung, ausgemusterten Uniformteilen. Sie kamen zurück in eine Heimat, die keine Heimat mehr war. Wohnung und Arbeitsplatz waren verloren: Zerstört durch Kriegseinwirkung, beschlagnahmt von Behörden, in Anspruch genommen von den Nutznießern des NS-Terrors. Vertraute Beziehungen, Verwandtschaften, Freundschaften, Bekanntenkreise waren zerrissen, vernichtet durch Terror und Krieg. Ob sich Verachtung, Hass, Fanatismus der einstmals feindlichen Umwelt angesichts des Zusammenbruchs des NS-Regimes verflüchtigt hatten, würde erst deutlich werden nach der Rückkehr, im Laufe der Zeit. Manches Opfer des Faschismus wurde enttäuscht.

Schon früh, Ende 1945, einigten sich Regierungsvertreter des Saargebietes und der Vorsitzende der „Vereinigung Opfer des Faschismus“, Hermann Ratering, als anerkannte Interessengruppe auf die umfassende institutionelle Beteiligung der Opfer des Nationalsozialismus (OdN) an der Anerkennung der Opfer, weil man auf die Sachkompetenz der Betroffenen zurückgreifen musste. Andere Sachverständige gab es nicht!

Seit Mitte 1947 bestehen auf Kreis- bzw. Landesebene als zentrale Anerkennungsinstanz Kommissionen, die sich aus vier Behörden- bzw. Regierungsvertretern zusammensetzen und drei Vertretern der Opfer des Nationalsozialismus, die von der Christlichen Volkspartei, der Sozialistischen Partei Saar (SPS) und der Kommunistischen Partei benannt werden. Vor- oder Nachteil, je nach dem, ist, dass die politisch Verfolgten dadurch stärker in den Vordergrund rücken.

Da auch auf Seiten der Behördenvertreter ehemalige Verfolgte sitzen, verfügen die Verfolgten im Prinzip immer über eine Mehrheit in den Kommissionen.

Die Konsequenzen dieser Praxis sind offensichtlich:

1. Die Leute wissen, worüber sie reden und entscheiden.
2. In den wenigen Zweifelsfällen ist eine gewisse Gutwilligkeit erkennbar: in dubio pro reo.
3. Dadurch, dass die offiziellen Vertreter der Opfer des Faschismus bei der Mehrheit der Antragsteller bekannt sind, besteht ein ausrei-

chendes Vertrauen in die Kommissionen. Die relativ enge Einbindung der ohnehin nicht beliebten Emigranten in die Anerkennungsverfahren führt alsbald bei unbelehrbaren Böswilligen zu gezielten Verdächtigungen, hier sei der ungerechtfertigten Selbstbereicherung und Korruption Tür und Tor geöffnet.

Einschränkend muss hinzugefügt werden, dass die persönliche Bekanntheit mehr für die politischen Verfolgten gilt, weniger für die jüdischen Opfer. Insbesondere die „Entschädigung“ von Hinterbliebenen der in den Konzentrationslagern ermordeten Juden stieß an Grenzen; vor allem dann, wenn die Hinterbliebenen nicht ins Saarland zurückkehrten, denn Anspruch auf „Entschädigung“ hatte nur, wer die saarländische Staatsbürgerschaft nachweisen konnte.

Eine andere Grenze wurde gezogen durch den engen Finanzrahmen: Maximal 880.000 französische Francs konnten gezahlt werden für

- Schaden an Leib und Leben
- Freiheitsentzug- Auswanderung
- Vermögensrechtliche Schäden
- Lohnausfall u. ä.

880.000 Francs wurden im Schnitt verrechnet 20 : 1; 20 Francs waren mithin 1 DM wert. In der Regel erhielt ein anerkanntes Opfer ca. 20.000 Francs, also etwa 1000 DM insgesamt.

Ein Blick in die alten Saar-Akten bestätigt zum Teil die „vitale Vergeßlichkeit“: Von den fast 8.000 Anträgen wurden etwa ein Drittel, 2.700, abgelehnt. Viele Menschen hatten einen Antrag gestellt, weil sie darin eine Möglichkeit sahen, ihre akute soziale Not in der unmittelbaren Nachkriegszeit zu lindern. Irgendeine Art von NS-Verfolgung hatten sie nie erlitten. Nicht nur vergesslich, sondern dreist war der vielfach, z.B. von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern, unternommene Versuch, über die Anerkennung als Opfer des Nationalsozialismus einen zweiten Entnazifizierungsnachweis, einen zweiten „Persilschein“ zu erlangen. Auffallend ist dabei die hohe Zahl von Akademikern, z. B. der Student aus dem Rassepolitischen Amt oder der Arzt aus dem Erbgesundheitsamt, denen eigentlich bewusst sein musste, was sie auf dem Kerbholz hatten.

Die Übergangszeit 1955 - 1959

Mit der Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik nach 1955 wurde zum 1.1.1960 das Bundesentschädigungsgesetz (BEG) für das Saarland übernommen. Für die OdN bedeutete das, dass sie ihre Anträge neu stellen mussten und diese nach BEG-Rechtsprechung neu entschieden wurden.

In der Übergangszeit verließen bemerkenswert viele frühere politisch oder rassistisch Verfolgte die Saar in Richtung Frankreich, ihrem früheren Emigrationsland – oder Israel bzw. die USA. Ich vermute, dass die Zahl mindestens 500 Personen umfasst, vielleicht sogar mehr.

Der Grund war zum einen die gescheiterte Re-Integration, man konnte nicht wieder Fuß fassen, weil auch die mehr oder weniger offene Ablehnung und Zurückweisung durch die, die nicht emigriert waren, zu groß, zu schroff war; zum anderen aber die offene Ablehnung der Bundesrepublik seitens der Opfer, nicht zuletzt nach dem zweiten, wiederum hoch emotionalisierten Abstimmungskampf: Man wollte im Saarland leben, aber nicht in Deutschland. Damit begann die zweite, die endgültige Emigration.

Das BEG seit 1959

Etwa 10.500 Anträge nach BEG wurden zwischen 1958 und 1967 eingereicht beim Landesentschädigungsamt Saarland, davon waren zirka 7.000 Neu-Anträge. Diese stammen überwiegend von Leuten, die nach dem saarländischen Wiedergutmachungsgesetz (WGG) nicht berücksichtigt wurden, vor allem die Hinterbliebenen von jüdischen Opfern.

Die markanteste mit der Einführung des BEG verbundene Veränderung war die Einrichtung des Landesentschädigungsamtes (LEAS), in dem Anfang der 60er Jahre bis zu 160 Mitarbeiter beschäftigt waren. Diese kamen aus allen Gemeindeverwaltungen des Landes und gingen mit großem Interesse zum LEAS, weil dort die Laufbahnaus-

sichten angesichts des größeren Stellenkegels günstiger waren. Neben der üblichen Verwaltungsausbildung gab es keine spezielle Vorbereitung auf die Arbeitsinhalte, eine politische, historische oder – viel notwendiger – psychologische Einführung fand nicht statt. Die Konsequenzen dieser Praxis sind offensichtlich:

1. Die Mitarbeiter wussten nicht immer, worüber sie redeten und entschieden. In den Akten, egal ob sie von Sachbearbeitern, Juristen oder Ärzten angefertigt wurden, wimmelt es von historischer Unkenntnis und Fehleinschätzungen.
2. In den Akten ist eine breite Spur von Böswilligkeit und Feindseligkeit gegenüber den Antragstellern angelegt, auch dies ein Indiz für die „vitale Vergeßlichkeit“.
3. Die Antragsteller fühlten sich missachtet, beleidigt; ihnen fehlte oftmals das Vertrauen zum Amt. Selbst die früheren Kommissionsmitglieder, die jetzt innerhalb von Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) oder Arbeitsgemeinschaft Verfolgter Sozialdemokraten (AVS) die Opfer vertraten, hatten das Gefühl, nun zur „Gegenseite“ zu gehören.

Auf dem Papier lasen sich die Einzelbestimmungen des BEG in der Tat wesentlich großzügiger, „freigiebiger“ als die WGG-Vorschriften. Entschädigt wurden

- Schaden an Leben
- Schaden an Körper und Gesundheit
- Schaden an Freiheit
- Schaden an Eigentum
- Schaden an Vermögen
- Schaden durch Zahlung von Sonderabgaben, Geldstrafen, Bußen und Kosten
- Schaden im beruflichen und wirtschaftlichen Fortkommen
- Rückwanderer (mit Soforthilfe)

Mit dem Mantelantrag geltend gemachte Ansprüche mussten in Einzelanträge aufgegliedert und begründet werden. Das LEAS entschied dann über die Einzelansprüche nach Aktenlage, normalerweise ohne Anhörung der Antragsteller oder ihrer Vertreter. Damit verfügte das Amt über Spielraum und Verhandlungsmasse. Es konnte unter

der Devise: „Den Leuten ist der Spatz in der Hand lieber als die Taube auf dem Dach“ den „preiswerten“ Härteausgleich oder die Soforthilfe als Einmal-Zahlung anerkennen, teure Berufs- oder Gesundheitsschäden aber ablehnen bzw. einem Gerichts-Prozess überlassen, an dessen Ende, meist viele Jahre später, oft genug nur ein Vergleich geschlossen wurde.

Angesichts der ungefähr 200 Einzelparagraphen im BEG bzw. BEG-Schlussgesetz von 1967, der zahlreichen Ausführungsbestimmungen, der juristischen Kommentare und Präzedenz-Urteile usw. sahen sich viele Antragsteller zur Beiziehung von Rechtsbeiständen gezwungen, mit denen sie bei Erfolg die Entschädigungszahlungen – auf Provisionsbasis – teilen mussten. Wer auf einen Rechtsbeistand verzichtete, hatte als Antragsteller in der Regel von vornherein schlechtere Aussichten. Ihre Hilfestellungen als politische Arbeit verstehend, begnügten sich AVS und VVN mit der Erstattung ihrer Auslagen. Dagegen betrieben manche Rechtsanwälte namentlich jüdischer Opfer, von einer missgünstigen Öffentlichkeit kritisch beobachtet, angeblich wahre „Entschädigungsfabriken“.

Das herausragende Kennzeichen der Praxis des LEAS und des Verfahrens nach BEG ist jedoch die Bürokratisierung, die Verumständlichung der Anerkennung, namentlich der Zwang zur Verschriftlichung des Beweismaterials. Einfache Zeugenaussagen genügten nicht mehr. Vorzulegen waren nun Geburtsurkunden, Heiratsurkunden, Totenscheine, Auszüge aus dem Melderegister, eidesstattliche Erklärungen der Zeugen, Vollmachten, Handelsregister-Auszüge, Gesellschaftsverträge, ärztliche Befunde, Erbscheine, Zeugnisse, Rechnungen, Verdienst- bzw. Beschäftigungsnachweise, Steuererklärungen, Fotografien.

Abschriften oder Fotokopien mussten notariell beglaubigt sein, fremdsprachige Unterlagen waren von amtlichen Übersetzern ins Deutsche zu übertragen. Zur Veranschaulichung: Eine WGG-Akte umfasst im Schnitt etwa zwanzig Blätter, eine BEG-Akte dagegen mindestens 150 Blätter (im Falle der Anerkennung).

Nach eventuell 20 oder 30 Jahren waren Zeugen schon verstorben, viele Unterlagen auf der Flucht verloren gegangen oder infolge Kriegseinwirkung vernichtet. Zahlreiche BEG-Anträge wurden abgelehnt, weil die Antragsteller innerhalb der vorgegebenen Fristen

die notwendigen Unterlagen nicht mehr beibringen konnten. Die in der „Entschädigung“ enthaltene moralische Verpflichtung vergessend, wurde das BEG-Verfahren so auf das Niveau eines BAFöG- oder Sozialhilfeantrages degradiert.

Abgesehen von der Bürokratisierung ist das BEG-Verfahren – auch an der Saar – gekennzeichnet durch eine sonderbare Nähe zu Elementen der NS-Ideologie. Moralvorstellungen, Wert- und Vorurteile wurden unkritisch, vielleicht auch unüberlegt übernommen. Sehr anschaulich wird dieser Vorwurf, wenn man sich fragt, wer alles nicht durch das BEG berücksichtigt wurde. Paragraph 1 BEG bestimmt: „Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung ist, wer aus Gründen politischer Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus oder aus Gründen der Rasse, des Glaubens oder der Weltanschauung durch nationalsozialistische Gewaltmaßnahmen verfolgt worden ist und hierdurch Schaden an Leben, Körper, Gesundheit, Freiheit, Eigentum, Vermögen, in seinem beruflichen oder in seinem wirtschaftlichen Fortkommen erlitten hat.“

Daran nimmt die Kritik Anstoß, denn auf der Grundlage dieser Bestimmung werden ganze Opfergruppen von vornherein ausgeschlossen oder erheblich benachteiligt.

1. Personen mit Wohnsitz im Ausland, vor allem osteuropäische Kriegsgefangene
2. Zwangsarbeiter⁶
3. Zwangssterilisierte⁷
4. sogenannte „Asoziale“
5. Kommunisten
6. Sinti und Roma
7. Homosexuelle
8. Deserteure.⁸

Zwar wurden in den letzten fünf, sechs Jahren einigen Gruppen, z.B. Deserteuren, Homosexuellen oder Sinti und Roma einige „Zugeständnisse“ eingeräumt, aber diese erfolgten viel zu spät und hatten wenig zu tun mit moralischer Genugtuung.

Bis heute unverständlich und Anlass für die Diskussionen der jüngeren Vergangenheit, z.B. in der erwähnten Fernseh-Dokumentation

von 1997, ist die Ausgrenzung nichtdeutscher Opfer, zumal nichtdeutschen ehemaligen Mitglieder der Waffen-SS Renten ausbezahlt werden als handle es sich um ganz „normale“ Soldaten.

Der jahrzehntelange Ausschluss von Homosexuellen greift in der Praxis auf Denkmuster zurück, die die Nazis zur Diskriminierung veranlassten. So konnten sich Homosexuelle bis 1969 nicht öffentlich bekennen und das BEG für sich in Anspruch nehmen, weil sie bis dahin auf der Grundlage des 1935 von den Nazis verschärften Paragraphen 175 StGB strafrechtlich verfolgt wurden. Obwohl auch im Saarland wahrscheinlich mehrere hundert Homosexuelle von den Nationalsozialisten verfolgt wurden, ist mir bei meinen Verzeichnungsarbeiten keine Akte aufgefallen, die den Paragraphen 175 als Schädigungsgrund nennt.⁹

Das ist inzwischen wohl hinlänglich bekannt. Weitgehend unbekannt ist die Begründung, mit der Opfern von Zwangssterilisation, im Saarland vermutlich mehr als 300 Personen, jede Entschädigung vorenthalten wurde. Zwangssterilisation gilt nicht als spezifisch nationalsozialistische Verfolgungstat, weil diese Praxis schon vor 1933 in den USA oder in Schweden zur Förderung der „Volksgesundheit“ angewandt wird. Sie wird somit gleichsam zur Errungenschaft des bürgerlichen Rechtsstaats. Ein im Rheinland bekanntes Beispiel ist die Geschichte der sogenannten „Rheinlandbastarde“; das waren die Kinder, die aus Beziehungen zwischen deutschen Frauen und farbigen französischen Besatzungssoldaten seit 1919 hervorgingen. Namhafte Wissenschaftler der Universität Bonn plädierten schon seit Mitte der 20er Jahre für deren Sterilisation!¹⁰

Einen regionalen Sonderfall bildet die Gruppe der sogenannten „Frankophilen“ im Saarland¹¹. Bis 1935 sprechen sich in der „Saarländischen Wirtschaftsvereinigung“ organisierte Bürger für die Eingliederung des Saargebietes in die Französische Republik aus¹². Das ist ihr gutes Recht und keineswegs verwerflich, reicht aber nicht, um als Opfer des Nationalsozialismus im Sinne des BEG anerkannt zu werden, denn sie sprechen sich mit ihrer Orientierung nach Frankreich allgemein gegen Deutschland aus, ein spezielles Engagement gegen den Nationalsozialismus liegt mithin nicht vor! Darum kümmerten sich die Nationalsozialisten herzlich wenig: Wer als frankophil von

ihnen verdächtigt wurde und sich nicht rechtzeitig nach Frankreich in Sicherheit bringen konnte, erlitt die üblichen Diskriminierungen, Benachteiligungen, Verfolgungen.

Mallmann/Paul berichten in ihren drei Büchern über etwa 1.500 bis 2.000 Bergleute, auch Metallarbeiter, die ab etwa 1937 unter dem Verdacht, der SPD oder KPD nahegestanden zu haben, in andere Reviere verlegt werden, ins Ruhrgebiet, nach Salzgitter, oder nach Schlesien. Diese doch ziemlich umfangreiche Gruppe wird gleich zweimal geschädigt: Den Leuten entstehen bis 1945 Lohnausfälle im hohen Umfang sowie Mehr-Belastungen durch Fahrtkosten und zusätzliche Mieten. Beim Ausscheiden aus dem Berufsleben in den 60er, 70er Jahren erhalten sie entsprechend weniger Rente und verfügen über weniger Ersparnis. Wenn diese Leute überhaupt als Geschädigte anerkannt werden, erhalten sie eine reduzierte Einmal-Zahlung.

WGG und BEG im Vergleich

Die Hauptdifferenz zwischen WGG und BEG ist die im WGG praktizierte weitgehende Partizipation, Teilhabe der Opfer an der Entscheidungsfindung gegenüber der Bürokratisierung des BEG, der vermeintlichen Versachlichung des Verfahrens. Als Konflikt liegt hier die Frage nach der Distanz zwischen den Entscheidungsträgern und den Betroffenen zugrunde. Oft genug wurde die enge personelle Verflechtung zwischen Verfolgten-Verbänden, Parteien und Verwaltung im Saarland vor 1955 kritisiert, vielleicht bisweilen zu Recht, jedoch die mit dem BEG eingeführte Praxis war sicherlich nicht der bessere Weg.

Was war denn der Sinn der „Entschädigung“? Aussöhnung? Widerwillige Pflichtübung? Ruhigstellung der Opfer? Gemeinsames Kennzeichen aller Opfer war die mehr oder weniger brutale Ausgrenzung aus der „Volksgemeinschaft“ bis 1945. Aufgabe der Entschädigung hätte die Re-Integration der Opfer sein können, doch mit der überbürokratisierten Praxis des BEG wurde eher das Gegenteil erreicht, selbst mit dem saarländischen Wiedergutmachungsgesetz konnte dieses Ziel nicht vollständig verwirklicht werden.

Den Kern der Auseinandersetzung bildet letztendlich die Frage, inwieweit die Gesellschaft der Bundesrepublik das auf sie überkommene antifaschistische Erbe annimmt und wie sich der Umgang damit in der politischen Kultur bemerkbar macht.

Die Verdrängung bzw. Verleugnung der Nazi-Geschichte wird empfindlich gestört durch die Forderung nach „Entschädigung“, weil diese die Anerkennung der Nazi-Schuld zur Voraussetzung hat. „Entschädigung“ bedeutet folglich, der „vitalen Vergeßlichkeit“ entgegenzuwirken.

An dieser Stelle möchte ich meine sehr kurzen inhaltlichen historischen Ausführungen abrechnen und zum Schluss Ihre Aufmerksamkeit auf einen anderen, durchaus aktuellen Aspekt lenken.

Fast fünfzig Jahre nach der Verabschiedung des BEG sind wir heute in einer Situation, wo das Thema „Wiedergutmachung“ als abgeschlossen gilt, es ist mittlerweile selber ein Teil der Geschichte geworden. Und es gibt unter anderem auch offizielle Stellen die sagen: Es reicht, wir haben unsere Schuldigkeit getan! Immerhin wurden von 1956 bis 2002 etwa 102 Milliarden D-Mark an die Opfer ausbezahlt. Das ist gewiss eine stolze Summe, aber nur die Hälfte dessen, was die Bundesrepublik seit 1990 pro Jahr ausgibt für den „Aufbau Ost“.

Es sollen offensichtlich keine weiteren Kosten entstehen – und ein erheblicher Kostenfaktor – überall, nicht nur im Saarland – wird verursacht durch die sachgerechte Aufbewahrung, Verzeichnung und Auswertung der zahlreichen BEG-Akten.

Im Landesarchiv werden etwa 13.000 bis 14.000 Akten im Zusammenhang mit der Entschädigung der Opfer des Nationalsozialismus gewiss sachgerecht aufbewahrt. Aber das ist auch schon alles – und das reicht nicht.

Bei der Aktenübergabe durch das damals zuständige Landessozialamt an das Landesarchiv sind Mitte der 80er Jahre schon wichtige Akten verloren gegangen, nämlich die Geschäftsakten des Landesentschädigungsamtes, also die Akten, die darüber informieren, wie das Amt funktionierte und wie es die Entschädigungspraxis im Detail organisierte. Das Wissen darum wäre eine wichtige Voraussetzung zur Einschätzung der Individualakten.

Damit keine Mißverständnisse aufkommen: Für den Aktenverlust ist das Landesarchiv nicht verantwortlich. Die vor zwanzig Jahren zuständigen Beamten und Angestellten des Landessozialamt wussten offensichtlich nicht um die Bedeutung dieser Akten.

Den Quellenwert legten ab Ende der 80er Jahre die bahnbrechenden Arbeiten zutage von Mallmann/Paul zu Widerstand und Verfolgung im Saarland zwischen 1935 und 1945¹³. Wesentliche Erkenntnisse ihrer Bücher beruhen auf der umfangreichen Auswertung der saarländischen BEG-Akten. Im übrigen haben Mallmann und Paul diese Akten auch benutzt für andere wissenschaftliche Veröffentlichungen, zum Beispiel für die Habilitation Mallmanns zur Geschichte der KPD in der Weimarer Republik¹⁴ oder in ihrem berühmten Buch zur Geschichte der Gestapo¹⁵.

Aufgrund der Feststellung des überragenden Quellenwertes der BEG-Akten für das historische Schicksal der Opfer des Nationalsozialismus vor und nach 1945 sah sich der damalige Direktor des Landesarchives, Prof. Hans-Walter Herrmann, um 1990/91 ermutigt, ein groß angelegtes Projekt zu starten zur computergestützten Verzeichnung und statistischen Analyse der Akten. Das war seinerzeit gleichsam eine Pionierleistung, denn er betrat mit diesem Schritt bundesweit wissenschaftliches Neuland. Unter anderem liegt der Wert des saarländischen Aktenbestandes in seiner relativen Überschaubarkeit. Während bei uns wie schon erwähnt 13.000 bis 14.000 Akten aufbewahrt werden, sind dies in anderen Bundesländern bis zu einer Viertelmillionen Akten. Nach Abschluss der Arbeiten wären verschiedene bisher nicht vorhandene Mikro-Studien möglich gewesen, sei es lokaler Art oder sozialwissenschaftlicher Art.

In mehr als vier Jahren wurde von zwei wissenschaftlichen Angestellten, unter anderem von mir, etwa die Hälfte des Bestandes bearbeitet. Dabei entstanden übrigens Personal- und Sachkosten in Höhe von schätzungsweise 400 - 500.000 D-Mark. Seitdem, Prof Herrmann war inzwischen in Pension gegangen, ist das Projekt nicht weiter fortgeführt, nicht zu Ende gebracht worden, es lagert seit etwa zehn Jahren unvollendet im Archiv.

Das ist schon ärgerlich genug. Aber damit ist es leider nicht getan! Wer von Ihnen jemals den Versuch unternommen hat, eine einzelne

BEG-Akte einzusehen, der wird die Erfahrung gemacht haben, dass ihm die Akte mit dem Hinweis auf das saarländische Archivgesetz vorenthalten wurde. Auf diese Weise wird unter anderem die Überprüfung und Vertiefung der von Mallmann/Paul veröffentlichten Befunde verhindert, so entsteht im Wissenschaftsbetrieb eine Zweiklassen-Gesellschaft. Aber das nur nebenbei!

Zuletzt anlässlich eines Artikels in den „saarbrücker heften“, Nr. 86, Winter 2001, über Zwangsarbeit unter dem Titel: „Das Verfahren kann Entschädigung verhindern!“¹⁶ habe ich wieder einmal beobachten können, dass das Interesse an dem ganzen Themenkomplex sehr groß ist. Dabei steht weniger die wissenschaftliche Neugier im Vordergrund als das politische Bedürfnis, sich mit dem Problem auseinanderzusetzen, denn gerade jüngere Leute begreifen dieses als Politikum. Freilich, so groß das Interesse ist, so groß ist auch die Unwissenheit. Die übergroße Mehrheit der Historiker oder Politikwissenschaftler hat noch nie etwas gehört vom BEG, deshalb weiß auch kaum jemand, dass es diese Akten gibt. Auf diese Weise fallen die Akten und damit das Thema der Vergessenheit anheim. Die Praxis des Landesarchiv ist rechtlich korrekt, denn sie beruht auf dem saarländischen Archivgesetz, nach dem personenbezogene Akten dreißig Jahre nach dem Tod des Betroffenen bzw. einhundertzehn Jahre nach dessen Tod verschlossen bleiben müssen. Das Landesarchivgesetz setzt im Großen und Ganzen das Bundesarchivgesetz um. An dessen Erarbeitung waren in hohem Maße Datenschützer beteiligt. Aus deren Blickwinkel, Sie verzeihen bitte die zynische Wortwahl in diesem Zusammenhang, wäre die Endlösung der Aktenfrage deren vollständige Vernichtung.

Datenschutz wird zum Tatenschutz.

Im Augenblick ist dieses Gefahr nicht akut. Aber das strikte Unterverschluss-Halten seitens des Landesarchiv, selbst wenn es formal korrekt ist, fördert die Vitale Vergeßlichkeit,

Und das, meine Damen und Herren, das darf nicht sein.¹⁷

1 Die ursprüngliche Vortragsform wird beibehalten, zumal im Text keine Quellen zitiert werden können. Der Grund dafür ist dem Schlussteil zu entnehmen. Zur Vertiefung einiger Aspekte wird weiterführende Literatur

- angegeben.
- 2 Wilfried Busemann, *Wiedergutmachung als Pflichtübung? Zur Wahrnehmung der Opfer des Nationalsozialismus an der Saar seit 1946*; in: Hudemann, Rainer; Jellonek, Burckhard; Rauls, Bernd (Hrsg.): *Grenzfall. Das Saarland zwischen Frankreich und Deutland 1945 - 1960*, Saarbrücken 1997, S. 401 - 412. Ders., *Zwischen Selbstbedienung und Gnadenakt? Zur Entschädigung der Opfer des Nationalsozialismus an der Saar seit 1946*; in: *Geschichtswerkstatt Nr. 29: Erinnern gegen den Schlußstrich – zum Umgang mit dem Nationalsozialismus*, Freiburg 1997, S. 125 - 131. Ders., *Unbefangen in eigener Sache? Unveröffentlichtes Manuskript* 1997.
 - 3 Regina Hennig, *Entschädigung und Interessenvertretung der NS-Verfolgten in Niedersachsen 1945 - 1949*, Bielefeld 1991, S. 17.
 - 4 *Zur frühen Entschädigungsgeschichte im Saarland: Yvonne Kempf, Die Wiedergutmachung im Saarland*, in: *Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte* 17 (1991), S. 241 - 261. Hans-Christian Herrmann, *Sozialer Besitzstand und gescheiterte Sozialpartnerschaft. Sozialpolitik und Gewerkschaften im Saarland 1945 - 1955*, Saarbrücken 1996, S. 243 - 278.
 - 5 *Die bislang einzige größere Darstellung basiert auf der Auswertung von Akten, die dem Autor von jüdischen Opfer-Organisationen zur Verfügung gestellt wurden: Christian Pross, Wiedergutmachung. Der Kleinkrieg gegen die Opfer*, Frankfurt 1988. Fachfremden Leserinnen und Lesern mögen die hier vorgestellten Ergebnisse übertrieben, ja sogar unglaubwürdig erscheinen, die BEG-Akten im Saarland bestätigen freilich die von Pross vorgenommenen Analysen, insbesondere im Bereich der Retraumatisierung der Opfer durch die medizinische und psychologische Gutachter-Tätigkeit. Sechs Fallbeispiele werden beschrieben in: Helga und Hermann Fischer-Hübner (Hrsg.), *Die Kehrseite der „Wiedergutmachung“*. Das Leiden von NS-Verfolgten in den Entschädigungsverfahren, Gerlingen 1990.
 - 6 *Sehr aufschlußreich: Fabian Lemmes, Zwangsarbeit in Saarbrücken. Ausländische Zivilarbeiter und Kriegsgefangene 1940 - 1945*, St. Ingbert 2004. Außerdem: Hanns-Henning Krämer; Inge Plettenberg, *Feindschaft mit ... Ausländische Arbeitskräfte im Saarland während des Zweiten Weltkrieges*, Ottweiler 1992.
 - 7 Christoph Braß, *Zwangsterilisation und „Euthanasie“ im Saarland 1935 - 1945*, Paderborn 2004, greift nicht auf die saarländischen BEG-Akten zurück, in denen zahlreiche Einzelschicksale dokumentiert sind.
 - 8 *Zum Schicksal der Deserteure, auch aus saarländischer Sicht: Gerhard Paul, Ungehorsame Soldaten. Dissens, Verweigerung und Widerstand deutscher Soldaten (1939 - 1945)*, St. Ingbert 1994; zum „Trauerspiel der

- Wiedergutmachung“: S. 120 - 131.*
- 9 In: Burkhard Jellonek; Rüdiger Lautmann (Hrsg.): *Nationalsozialistischer Terror gegen Homosexuelle. Verdrängt und ungesühnt*, Paderborn 2002, informieren vier Aufsätze über die „Wiedergutmachung“ für Homosexuelle: S. 301 - 355.
- 10 Reiner Pommerin, *Sterilisierung der Rheinlandbastarde – Das Schicksal einer farbigen Minderheit 1918 - 1937*, Düsseldorf 1979.
- 11 Sie zählen „... in Wiedergutmachungssachen zu den Prügelknaben der saarländischen Gerichte und Behörden...“ Zu dieser bitteren Feststellung kam der Sozialdemokrat Ernst Kunkel, „Für Deutschland gegen Hitler“. *Die Sozialdemokratische Partei des Saargebietes im Abstimmungskampf 1933/35, o.O., o.J. (Saarbrücken, um 1965, S. 70. Kunkel vertrat in den 60er Jahren als führender Sachkenner die Anträge, die über die Arbeitsgemeinschaft Verfolgter Sozialdemokraten beim Landesentschädigungsamt eingereicht wurden.*
- 12 Peter Lempert, „Das Saarland den Saarländern!“ *Die frankophilen Bestrebungen im Saargebiet 1918 - 1935*, Köln 1985.
- 13 Klaus-Michael Mallmann; Gerhard Paul, *Das zersplitterte Nein. Saarländer gegen Hitler*, Bonn 1989 (Hans-Walter Herrmann (Hrsg.), *Widerstand und Verfolgung in Saarland 1935 - 1945, Bd. 1*); dies., *Herrschaft und Alltag. Ein Industrieviertel im Dritten Reich*, Bonn 1991 (Herrmann (Hrsg.), *Bd. 2*); dies., *Milieus und Widerstand. Eine Verhaltensgeschichte der Gesellschaft im Nationalsozialismus*, Bonn 1995, (Herrmann (Hrsg.), *Bd. 3*)
- 14 Klaus-Michael Mallmann, *Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung*, Darmstadt 1995
- 15 Gerhard Paul; Klaus-Michael Mallmann (Hrsg.), *Die Gestapo. Mythos und Realität*, Darmstadt 1995.
- 16 Wilfried Busemann, *Das Verfahren kann Entschädigung verhindern! Anmerkungen zur „Entschädigung“ der NS-Zwangsarbeiter*, in: *saarbrücker hefte*, H. 86, Saarbrücken 2001, S. 32 - 38.
- 17 Mitte März 2005 verlautet inoffiziell aus dem Landesarchiv Saarbrücken, daß für das Jahr 2006 eine Novelle des Saarländischen Archivgesetzes angestrebt werden soll, unter anderem mit dem Ziel, den Zugang zu den Entschädigungsakten zu erleichtern. Ob dann auch das Verzeichnungsprojekt fortgesetzt wird, ist noch unklar.



Auswahlbibliographie

Bies, Luitwin: *Klassenkampf an der Saar 1919-1935. Die KPD im Saargebiet im Ringen um die soziale und nationale Befreiung des Volkes (Marxistische Paperbacks 84), Frankfurt am Main 1978*

Busemann, Wilfried: *Wiedergutmachung als Pflichtübung? Zur Wahrnehmung der Opfer des Nationalsozialismus an der Saar seit 1946, in: Hudemann, Rainer/Jellonek, Burkhard/Rauls, Bernd (Hg.) Grenz-Fall. Das Saarland zwischen Frankreich und Deutschland 1945-1960. St. Ingbert 1997, S. 401-412*

Fehrenbach, Elisabeth: *Das Hitler-Regime und die Saarfrage, in: van Dülmen, Richard/ Hannig, Jürgen/ Linsmayer, Ludwig (Hg.), Erinnerungsarbeit, die Saar 33-35. Katalog zur Ausstellung zur 50jährigen Wiederkehr der Saarabstimmung vom 13. Januar 1935. St. Ingbert (1985), S.11-19*

Heinz, Joachim: *Zwischen Widerstand und Anpassung. Freie und Christliche Gewerkschaften an der Saar im Abstimmungskampf 1933-1935, in: Saarbrücker Bergmannskalender 1993, S.293-303*
Ders.: Zum Abstimmungskampf an der Saar 1933-1935, in: ZGS 38/39(1990/91), S.118-147

Horch, Hans: *Röchlings Verbrechen oder: der deutsche Imperialismus vor Gericht, in: Saarbrücker Hefte 2004, S. 15-28*

Jacoby, Fritz: *Die nationalsozialistische Herrschaftsübernahme an der Saar. Die innenpolitischen Probleme der Rückgliederung des Saargebietes bis 1935 (Veröffentlichung der Kommission für saarländische Landesgeschichte und Volksforschung V), Saarbrücken 1973*

Kunkel, Ernst: *„Für Deutschland – gegen Hitler“. Die Sozialdemokratische Partei des Saargebietes im Abstimmungskampf 1933/1935, Saarbrücken o.J.*

Langkau-Alex, Ursula: *Deutsche Volksfront 1932-1939. Zwischen Berlin, Paris, Prag und Moskau (3 Bände); Berlin 2004/2005*

Linsmayer, Ludwig: *Die Macht der Erinnerung*, in: ders.(Hg.), *Der 13. Januar. Die Saar im Brennpunkt der Geschichte. (Historische Beiträge des Landesarchivs Saarbrücken, Band 1)*, Saarbrücken 2005, S.15-49

Ders.: *Politische Kultur im Saargebiet 1920-1932. Symbolische Politik, verhinderte Demokratisierung, nationalisiertes Kulturleben in einer abgetrennten Region*, St. Ingbert 1992

Paul, Gerhard: *Die NSDAP des Saargebietes 1920-1935. Der verspätete Aufstieg der NSDAP in der katholisch-proletarischen Provinz*, Saarbrücken 1987

Ders.: *„Deutsche Mutter – Heim zu Dir!“ oder warum es misslang, Hitler an der Saar zu schlagen. Der Saarkampf 1933-1935. Diss. (masch.) 2 Bände.* Kassel 1984

Pross, Christian: *Wiedergutmachung. Der Kleingrieg gegen die Opfer*, Herausgegeben vom Hamburger Institut für Sozialforschung, Frankfurt am Main 1988

Von zur Mühlen, Patrik: *„Schlagt Hitler an der Saar“.* *Abstimmungskampf, Emigration und Widerstand im Saargebiet.* (Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Reihe: *Politik und Gesellschaftsgeschichte*, Band 7, Hrsg. Kurt Klotzbach) Bonn 1978

Zenner, Maria: *Parteien und Politik im Saargebiet unter dem Völkerbundsregime 1920-1935 (Veröffentlichung der Kommission für saarländische Landesgeschichte und Volksforschung III)*, Saarbrücken 1966

